

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 12. Februar 1926

Nummer 7

INHALTSVERZEICHNIS

- Die Wirtschaftskrise — eine Krise der Wirtschaftsform Dr. Dr.
Lohnpolitik, Wirtschaftskrise und R.A.G. deutscher Gemeinden und Kommunalverbände G. D.
Sind für die Arbeiter in Gasanstalten und in elektrischen Licht- und Kraft-
anlagen besondere gesundheitschädigende Einwirkungen anzunehmen,
welche eine mehr als achtstündige Arbeitsdauer ausschließen? Prof. Dr. Chajes
Zur Neuwahl und Schulung der Betriebsräte Dr. G.
Nach Amerika IV. Dr. R.
Unsere Jugend • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Aus
den Gemeinden • Rundschau • Verbandsteil • Briefkasten



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telephon: Morikplatz 3105/06, 11044

Garantie-Fahrräder

mit Freilauf

Herren: **76⁰⁰** M.
Damen: **84⁰⁰** M.

Man verlange kostenlos Katalog von der
Sigurd-Gesellschaft - Cassel 117

Mit bedingungslosem Rück-
gaberecht bei Nichtgefallen
Neue ich überall im
Lage gegen Wochen-
raten von nur **1** M.

Mandolinen, Laute, Gitarren, Violinen etc., Sprech-
apparate und Platin, Horn- u. Klarinetten, Pos-
sion, etc. etc. 31. Katalog gratis u. frei.
Walter R. Gortz, Postfach 244 A, Berlin S. 42.

Waffen-Flügel

Harmonika, Sprechapparate-Fabrikation, Medizinge-
Fabrikpresse, Schallplatten M. 250. Ernst H. B. Nachf.,
Post 117, Klarastraße, Sa. 189. Großer Katalog gratis.

Gartenbesitzer!

Um weitesten Kreisen den Unterschied
zwischen hochgezüchteter Züch-
tererei und handelsmäßigem bezüglich
Kernkraft, Ertrag und Wohlgeschmack
vor Augen zu führen, versenden wir
völlig gratis und franco 10000
Päckchen Karottensamen à 20 gr
Kantale, verbesserte frühe süße.

Wir bitten alle Garten- und Schreier-
gartenbesitzer, uns umgehend ihre genaue
Adresse per Postkarte mitzutreten, worauf
Gratzusendung eines Päckchens ohne
jede weitere Verpflichtung für Sie erfolgt. (P)

Kurt Hermann, Samenzüchter
Blankenburg am Harz b. Halberstadt

Maxim Gorki

spricht

in seinem letzten Roman „Der Sohn der Nonne“,
der als fünfter Band des „Bücherkreises“ er-
schienen ist, mit packender Lebendigkeit und
Bildhaftigkeit von dem Rußland, das gestern
war und das

heute

noch ist — das auch morgen noch nicht
überwunden sein wird ...

Maxim Gorkis letzter Roman erschien erstmalig
im Bücherkreis

Wer des großen Dichters großes Bekenntnis
lesen will, melde umgehend seine Mit-
gliedschaft an, (1 Mark Monatsbeitrag),
bei der Zahlstelle „Der Bücherkreis“

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42.

Vertrauen
sache ist o. Kauf-
y Absatz. Bis
besteckensmit-
ung Silberan-
lage!

STAGEANSICHT
Hierin wir unsere
Ware und gegen
3 Monate Zeit
der 20 Jahre. Ga-
rantie. Forderung
sicherheit. Of-
ferte, Sie werden
recht

probieren, zu be-
dient. Zahl. Darf-
schr. M. Mann & Co.
Sattlermeister,
Neumann 31 Bb.

Med., Verschleim-
ruch so natürlich, alle
Katarrhe
Asthma usw.

Jeder dankt mir!
Auskult. exp. Röntgen.
Karl Schälze,
Wundbergstr. 1, Berl. SO

Gummi - aus, etc.
Preis a. gran. Pharm.
by Industrie Medicines.
Info 1134, Wundbergstr. 1.

Heimarbeit verleiht
P. Heiler, Breslau 11.

Opel-Fahrräder

Borussia
Billigste Preise
Kleinste Raten
3 Jahre Fabr.-Garant.
-Prospekt gratis

Hans W. Müller
Biberfeld 7
Gesenbergstraße 10

Enkine Gesellschaft
Heut an!

Sie finden sie in unseren
Südtigen Gänge des
Somers.

schon erwidert die Land-
ung suchen Sie, Borträge
und Goutiers. Sie werden
ihm zustimmen. Sie können
überall lebende Buchstaben hervorzuheben!
Dieses Buch muß Ihnen viele Stunden der
Sinn und Genuß und macht Sie zum besten
besten Schriftstellers. Preis 1,50 Mark.
Hauptvertrieb: **Enkine, 244, Wundbergstr. 27**

Billige böhmische Bettfedern!

Ein kg graue, geschliss. M. 1.-
halbwel e. M. 4.-, weiße M. 5.-
bess. M. 6.-, da. neuwe. e. M.
M. 8.-, beste Sorte M. 12.-,
M. 14.-, weiße ungeschliss. M. 7.-,
9.50, beste Sorte M. 11.- Ver-
sand frei, Zollfrei gegen Nachn.
Muster frei, Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Beneffits Sechser, 1 über Nr. 228 b. Pilsner, Böhmen.

Wir liefern zu
Original-Verlegerpreisen
Pficher
mit Wochenabgabe u. jed. Literatur

5 Tage zur Ansicht

und mit bedingungslosem Rück-
gaberecht bei Nichtgefallen.
Die Besteller kann
auf Wunsch gegen Mo-
natsumzahlung von RM
erfolgen. Forderung die sofort
bestehen und für die nächsten drei
jährig illustrierten Katalog

3

Buchhandlung
Dial & Freund
Berlin S. 42, Alexan-
derstraße 97,
gegenüber Postfach
244

Roto Kugelkäse

2 Kugel - 1 Pfd. 3.25 M.
1 Pfd. Kugelkäse, 700
Kilogramm ab hier Berlin.
E. Kugel, Berlin (Hoh.) 230

Bekanntmachung

Wir verkaufen Bekleidungsstücke aus
Heeresbeständen und sonstige günstige
Partieposten sehr vorzuziehen. offerieren:

Militärhandschuhe, neu	0.20 M.
Feldflaschen mit Besatz	0.20 M.
Militärkappen, neu	0.50 M.
Schirmmützen aus Militärstoffen	0.50 M.
Schals, grau und bunt	0.50 M.
Fausthandschuhe, gefüttert	0.25 M.
Militärstrümpfen, neu	0.10 M.
Militärhemden, neu	1.50 M.
Schlafdecken, neu	3.00 M. 2.50 M.
Pa. Jutestrümpfen, einschüßl., neu	2.00 M.
Militärkleid, weites, neu grauweiß	3.50 M.
Feldgrüne Wollstrümpfen, eb.	4.75 M.
Frauenkleid, weites u. farbig	4.50 M.
Amerik. Reisleder, extra stark	21.00 M.
Größe 41 bis 48	21.00 M.

weitere günstige Posten. Preislisten
kostenlos. Versand erfolgt per Nachn.
bei aber nur 1000, da a. ten. Nichtpass. an-
stand, umgetauscht wird. Trans. Nach-
bestellen und zahl. Anerkennungen
beweisen gute Heilung.

Abteilung für Stadt u. Land & m. H. L. 101-6
BERLIN O 17, Langestraße 79

Lest die Urania

Gelgenheitskäufe

in einfachen sowie besseren Wohnungs-
einrichtungen und Einzelmöbel z. B.

Speisezimmer ab 1200,-
Die Schlaf- u. Bettenzimmer ab 300,-
Miet erschänke, Bücherschränke 57,-
Sohnen u. Umbau

Größe Auswahl - Günstige Zahlungsbedingungen
HASENANNS MOBELSPEICHER war
Berlin, Lohrerstr. 24, 26, 28
(Untergrundbahnhof chönhauser Tor)

Verblüffend billig ist die Teilnahme an
Kaufvertrag

Für 10.- Mark monatliche Miete
das komplett angelegte Radiostation inkl. Sprech-
einschl. Antenne u. Kosten f. Unterhaltung. - Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.

Sprechmaschinen oder Eide inkl. Platten und Radien
zu ganz besonders vorteilhaftem bequemen Bedingungen

12 Schallplatten in elegantem Album.
Erste Markenplatten nach Wahl, Listenpreis 3.75 p. Platte
6 Monatsraten à Mark 8.00

Unverbindliche Vorführung: W. G. und G. 2 (Lauen). S. 42, Ritterstr. 11 (Ho.)
Geöffnet täglich von 8-7. - Verlanen Sie kostenlosen Vertreterbesuch!

Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. B. H.
Berlin S. 42, Ritterstr. 11. - Merktplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33 Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer) Vertriebspreis: 200 Marktplatz 11044	Staats- und Gemeindebetriebe sollen Flußbetriebe sein!	Erscheint wöchentlich am Freitag Bezugspreis: monatlich durch die Post 50 Pf.
--	---	---

Die Wirtschaftskrise – eine Krise der Wirtschaftsform.



Die gegenwärtige Krise ist schon in der mannigfaltigen Beurteilung, die sie erfahren hat, ein Problem. Keinesfalls deutet sich der von den Unternehmern kultivierte Wirtschaftspessimismus mit den tatsächlichen Verhältnissen. Gegen ihn sprechen so gewichtige Tatsachen, daß er mehr als taktisches Mittel erscheint, das seit dem Hochsommer 1925 immer langsamer werdende Tempo in der Anpassung der Löhne an die Preisverhältnisse völlig zu stoppen oder gar in eine Rückwärts-

größte Elastizität der Eigentumsverhältnisse. Da gemeinhin der einzelne Besitzer das durch die Umstellung nötige Kapital nicht aufbringen kann, werden ganze Unternehmungen, auch nach der Seite der Besitzform hin, zusammengelegt. Diese Expropriation, diese Enteignung unter Zwang der privatkapitalistischen Verhältnisse, oft gegen Entschädigung auf sehr lange Sicht, ist volkswirtschaftliches Gebot und Behauptung des einzelnen im Wettbewerb. Fraglos wird dabei die erforderliche Elastizität in den Eigentumsverhältnissen durch den „persönlichen“ Besitz (im privatkapitalistischen Sinne) beeinträchtigt. Der Farbentonzern verlor bei seiner Gründung im

Jahre 1925 wertvolle Monate durch das Festsitzen um die Vorstands- und Aufsichtsratsposten, bis man sich eine, finanziell den Konzern schwer belastende Spitze schuf. Auch der Montantrust wird wohl weniger durch die Fusionssteuer als durch die Quotenansprüche Bessentrichens in seiner endgültigen Errichtung gehemmt. Die Firma Krupp verzichtete sogar aus Gründen, die Form alten Familienbesitzes zu wahren, formell auf die Einverleibung in den Montantrust, d. h. wenn sie nicht plant, auf der Grundlage Krupp-Rheinmetall so etwas wie einen Ruhr-Rhein-Fertigungstrust entstehen zu lassen. Die Verhandlungen zwecks Gründung eines Werkentrusts haben sich in den letzten Tagen zerbrochen, weil die mittleren und kleinen Werften der Kapitulation von West und Mann an die großen Werften noch auszumachen glauben. Der Außenstehende dürfte sich kaum ein Bild von jenen Schwierigkeiten machen, die aus überlebten Eigentumsverhältnissen

Volkentscheid

Volkentscheid, Volkentscheid!
Endlich, endlich ist es so weit!
Genug geschrieben, genug beraten!
Nun aber ran an die Potentaten!
Mit den Flügeln flattert der Jollernaar:
Die heiligsten Güter sind in Gefahr!
Es geht um den Geldsack, Wilhelm von Doorn.
Rein Dolchstoß von hinten, wir kommen von vorn!
Auf Straßen und Plätzen ein reißiges Heer.
Das Volk kennt keine Parteien mehr!

Volkentscheid, Volkentscheid!
Das ist die wahre Gerechtigkeit!
Abgemeldet werden die Drohnen!
Was sie stiblichten auf goldenen Thronen,
Gebt Schloß für Schloß und Stüd um Stüd
An die alten Eigentümer zurück.
Für Wittwen und Waisen, die Blinden und Lahmen,
Die um euch, ihr Herren, ins Elend kamen.
Nehmt euch die Sache zu Gemüte,
Ihr Fürsten zweiter und dritter Güte:
Die weiße Frau schürft durch das Haus
Und seufzt eieglich: „Das Spiel ist aus!“

Günning Dohrbahl.

bewegung zu verwandeln Andererseits schwimmt bei uns nicht alles in Butter, haben wir den Berg noch lange nicht überwunden, wie in den letzten Tagen einige bekannte Großbankiers die Lage darzustellen beliehen; sehr wahrscheinlich deshalb, um die nun schon wochenlang andauernde Flüssigkeit des Geldmarktes dazu auszunutzen, ihr Aktienportefeuille unter Ruhezuhaltung anziehender Kurse zu bereinigen. Was die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage schließlich so ungemein schwer macht, ist eben die bisher wenig erörterte Tatsache, daß parallel mit der Wirtschaftskrise eine Krise der Wirtschaftsform läuft. Ihr Ausdruck ist u. a. die sogenannte Verstrickung im Rahmen der kartellmäßigen Bindungen, mit dem Ziel, zu einer Verschmelzung der Eigentumsverhältnisse zu kommen, während Kartell und Syndikat bisher wohl die Preise, die Konditionen und die Kontingentierung regelten, die Besitzform, das eigentliche Eigentum, aber nicht berührten. Der Farbentonzern vereinigt, auch nach der Seite des Eigentums und des Besitzes hin, die großen westdeutschen Chemiegesellschaften, und auch der Montantrust wird den Besitz der größten rheinisch-westfälischen Montangesellschaften in sich aufnehmen. Der Besitz von Einzelpersonen oder Personengruppen an den Produktionsmitteln wird zu einem Riesensitz zusammengeschweift. Auf der Hand liegt, daß ein solcher Eingriff in die Eigentumsverhältnisse nicht ohne Not geschieht und von den Betroffenen nicht ohne Zwang gestattet wird. Welcher volkswirtschaftliche Sinn liegt nun in diesen Transaktionen?

Die Eigentumsverhältnisse, die Besitzform, werden in jeder Wirtschaft durch Technik, Absatz bestimmt. Verdichtet sich die Veränderung des Absatzes, des Marktes, zur Notwendigkeit, mehr, d. h. billiger zu erzeugen mittels neuer, durch die Technik gebotener Arbeitsmethoden, so muß sich dem die Produktion, die Erzeugung, anpassen. Das bedeutet gewöhnlich eine Verschlebung des Eigentums an den Produktionsmitteln. Die fast immer sehr beträchtliche Höhe des durch die technische Umstellung erforderlich werdenden neuen Aktienkapitals verlangt von vornherein größte Beweglichkeit in dem Besitz der Produktionsmittel,

für die Anpassung der Produktion an die neu geordnete technische Situation erwachsen, selbst wenn wir es mit stark entpersönlichten Industrien zu tun haben, d. h., wenn das Eigentum nicht mehr an eine Person, sondern über den Effektenkapitalismus und die Gesellschaftsform (Aktiengesellschaften) an Personengruppen als gemeinsame Eigentümer gebunden ist. Je umfangreicher die bestehende Personengruppe ist, desto größer wird die Elastizität, weil in dem verfahrenlichsten Unternehmen, wo die Funktion des Besitzers schon lange auf den bezahlten Leiter des Betriebes übergegangen ist, der Begriff „persönliches Eigentum“ sich mehr auf den Anteil (auf die Aktie usw.) und damit auf die Rente, die Dividende, übertragen hat. Erweitert sich der Kreis der bestehenden Gruppe so, daß eine politische Einheit (Gemeinde, Land usw.) Träger des Besitzes wird, so ist die Elastizität in höchstem Maße gegeben, weil dann nur die Rentabilität, der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt, ausschlaggebend wird. Das bedeutet die automatische Angleichung an die technische Situation, ohne Hemmung durch überlebte Eigentumsbegriffe, weil die Rentabilität hier für die Besitzer, den einzelnen und die Einzelwirtschaft, billigste Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse ist. Der Aufstieg unserer

Elektrizitätswirtschaft beweist das zum Teil; weiter die Bildung der Preußag (Preußische Bergwerksaktiengesellschaft), der Sächsischen Werke, wodurch im Ru, der veränderten Technik und dem veränderten Bedarf entsprechend, alte Bindungen über den Haufen geworfen werden konnten, darüber hinaus die fast hamäleonartige Bündnispolitik der neu entstandenen Gesellschaften, z. B. der Preußag im Kaliberbergbau.

Wes nun die Starrheit des privatkapitalistischen Besitzes die Steigerung der Produktion, d. h. die Verbilligung der Produktion, hemmt, handelt es sich nicht um einen Schönheitsfehler, nicht um ein Manko der Gesetzgebung, sondern um eine Krise der Eigentumsverhältnisse, also der Wirtschaftsform. Die Wirtschaftsführung der Zukunft ist durch den Begriff Rationalisierung gekennzeichnet, d. h. wir werden durch andere, menschliche Arbeit ersparende und durch mechanische Kraft ersetzende Arbeitsmethoden zur vermehrten, verbilligten Fertigung kommen müssen. Das muß Krise bedeuten, schon hinsichtlich des Kapitalbedarfs. Selbst wenn wir unsere flüssigen Mittel in Krieg und Inflation nicht verpulvert hätten, würde die Anspannung in den Kapitalverhältnissen infolge der gigantischen Umstellung eingetreten sein. Auch die Riesenbetriebe Amerikas auf der Grundlage neuer Arbeitsmethoden hätten ihren Geldbedarf bei ihren Riesenbauten nach dem Kriege, selbst bei restloser Verschmelzung, nicht auf dem normalen Markt befriedigen können, wenn ihnen nicht die Kriegsgewinne zur Verfügung standen. So sind die 1919/20 in den Studebaker-Werken, Detroit, investierten 60 Millionen Dollars durchweg Kriegsgewinne. Darüber hinaus — und das ist sehr wesentlich — schneiden sich bei uns in den betonten Krisenpunkten drei Wirtschaftsauffassungen, drei Wirtschaftsformen: 1. die privatkapitalistische, 2. die handwerklich-zünftlerische, 3. die gemeinwirtschaftliche. Die ökonomisch zweckmäßigste ist, weil sie durch Elastizität der Besitzform neue Anlagerechte schnell hypothekarisch sichern kann, die gemeinwirtschaftliche. Darin liegt ohne Zweifel die ökonomische Möglichkeit, den Kontakt zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere den Zusammenhang mit der Technik zu wahren. Die durch die Art der Besitzform erleichterte Kapitalbeschaffung größten Stils gestattet hier, das Rennbahntempo der Technik durchzuhalten. Folge dieser Zusammenhänge ist, abgesehen davon, daß an und für sich eine kompaktere und verbilligte Kapitalkonzentration möglich wird, die Reproduktion, die verbilligte Produktion. Verbilligte Bedürfnisbefriedigung bedeutet aber wiederum Entstehung neuer Bedürfnisse, auf der jede ökonomische Entwicklung, jede Möglichkeit der Erweiterung und Bereicherung einer Wirtschaft beruht. Deshalb wird für absehbare Zeit die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsform der natürliche Kontakt zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sein. Das ist die große Plattform, auf der die praktische Anwendung des technischen Fortschrittes auf den Fertigungsprozeß selbst, wie sie Amerika in primitiven und nicht immer sympathischen Anfängen schon lange hat, erst möglich wird. Ihr Merkmal ist das Nebeneinander, die Erweiterung und Verbesserung der Produktion in demselben Takt, wie sie Bedürfnisse vermehrt und neu schafft. Grundförmig ist damit das Ideal der sogenannten konjunkturlosen Wirtschaft erreicht. Vielleicht unbewußt dürfte der feudaltadelwertlich-zünftlerischen Wirtschaftsform das selbe Ziel zugrunde gelegen haben. Ihre Methode besteht aber in der Gleichhaltung der Produktion für einen ganz bestimmten Absatz unter Wahrung bestimmter Preise, d. h. eine Vermehrung der Produktionsmittel und der Erzeugung durch eine verbilligte Produktion schließt sich von selbst aus. Der Absatz kann sich höchstens durch eine Vermehrung der Bevölkerung in der Kopfzahl steigern, wodurch natürlich auch die Produktion in ihrem Umfang, entsprechend des durch die Zunahme der Bevölkerung bedingten Mehrverbrauchs an Waren vermehrt wird. Daraus erklärt sich der Konservatismus der „guten alten Zeit“, aber auch der Zwang zur Kolonisation, zur Auswanderung, wenn der zur Verfügung stehende Acker, sozusagen das einzige Mittel zur Reichumssteigerung, nicht mehr ausreichte, den Bevölkerungsüberschuß zu ernähren. Man glaubt diese Wirtschaftsform seit langem überwunden. Sie ist es aber nicht; sie lebt in der kapitalistischen Absatzregelung unserer Zeit, der durchaus zünftlerisch gearteten Verteilung und Aufteilung des Marktes nach ganz bestimmten Berechnungen (Quoten) weiter und beherrscht unsere kartellmäßigen Bindungen, vor allem die Produktionsdrohungen (Kontingentierungen). Sie kann auch jetzt, bei genügender Abschließung des nationalen Marktes durch Zölle, Valutatunfstände usw. von der Auslandskonkurrenz, das Wirtschaftsgebilde zeitweise stabil und konjunkturlös erhalten, wie sie es dermaleinst durch Jahrhunderte hindurch getan

hat. Eine Steigerung der Produktion schließt sie aber, da, um die heutigen Verhältnisse zu zeichnen, auf den nun einmal vorhandenen Kapitalisten selbst bei verringertem Umsatz ein möglichst großer Profit fallen soll, völlig aus. Ihr fehlt die Fähigkeit zur Verbilligung der Bedürfnisbefriedigung, des Bedens neuer Bedürfnisse und damit die Kraft, die Produktion aus sich selbst heraus zu steigern. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, bei der es sich zu guter Letzt um die Entscheidung der Frage handelt, rationalisieren, d. h. mehr und billiger erzeugen, um Absatz zu schaffen und wiederum die Produktion zu forcieren, oder kontingentieren, d. h. die Erzeugung droffeln, um durch eine Verringerung des Angebots einen überlegten Preis zu halten und die Profitrate zu steigern, ist die feudaltadelwertliche Wirtschaftsform die ausgesprochene Form für die Produktionsdrofflung, für die Kontingentierung. In ihrem Rahmen ist eine Rationalisierung unmöglich. Diese widerspricht ihrem Wesen. Das gilt nicht nur für den Handwerker von Anno dazumal, der die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit an bestimmte Konzessionen band, sondern auch für den Industriellen unserer Zeit, der sich im Rahmen von Kartellen und Syndikaten behaupten zu können glaubt.

Wenn der zünftlerische Gedanke seit Jahren in so bedenklichem Ausmaß in unsere Wirtschaftsregelung hineinspielt, zeigt sich hier eben die Komplizierung der Wirtschaftskrise durch die Krise der Wirtschaftsform. Im Grunde genommen ist aber dabei das Austausch zünftlerischer Tendenzen unter dem Deckmantel kartellmäßiger Bindungen usw. etwas dem modernen Privatkapitalismus durchaus Gegenjähliches. An und für sich beruht der moderne Kapitalismus auf der Krise. Er war es ja auch, der die zünftlerisch konstruierte, konjunkturlöse Wirtschaft der letzten Jahrhunderte zerstörte, den durch die Junft gezogenen Rahmen der Absatzbeschränkung sprengte und den freien Markt, d. h. den scheinbar unbeschränkten Absatz seiner Waren schuf. Die ganze Entwicklung beruht aber auf der Tatsache von Konjunkturen und Depressionen, von guten und schlechten Absatzverhältnissen, von guten und schlechten Zeiten in unserer Wirtschaft. Die Konjunktur ist wohl die Zeit der tatsächlichen privatkapitalistischen Kapitalerweiterung, der Vorgang einer Expansion (Ausweitung), mit der infolge anfänglichen Anstiegens des Lohnniveaus vorhandene Bedürfnisse erfüllt werden. Die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaftswelle, vor allem aber die ungleiche und einseitige Verteilung des Konjunkturtrages (Lohn und Rente) schaffen dann bald die bekannte Differenz zwischen der trotz erhöhten Löhnen sinkenden Kaufkraft und dem, die Lohnsteigerung im Tempo überholenden Konjunkturpreis. Damit tritt die sogenannte Ueberproduktion zutage, weil nicht Zug um Zug mit dem steigenden Bedarf die Verbilligung der Produktion eintritt. Das Merkmal der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsform, das Nebeneinander von Bedürfnisermehrung und Produktionsverbilligung, fehlt hier Gewöhnlich treibt (abgesehen von dem eintretenden technischen Beharrungsstand, weil die Maschinen entsprechend der Konjunktur voll ausgenutzt werden müssen, so daß im wahren Sinne des Wortes die technische Verbesserung keine Zeit bleibt) die auf vermehrtem oder stärker betontem Bedürfnis beruhende größere Nachfrage nach Waren dem Preis. Das ist dann die Krise. Sie bedeutet für den Privatkapitalisten und den privatkapitalistischen Betrieb Umstellung in Technik und Organisation, Notwendigkeit, die Produktion zu steigern, d. h. die Erzeugung zu verbilligen, um in der Zeit des allgemeinen Preissturzes noch billiger als der Konkurrent sein, sich im Wettbewerb auf dem Markt behaupten zu können. Der Kampf um den Markt, der Kampf um den Kunden und den Absatz wird dann zu einem Hebel der Umstellung und Umformung. Die in der Konjunktur und unter Quasi des Konjunkturpreises angewachsenen Kapitalreserven, die flüssigen Mittel, Guthaben bei Banken, Anlagen außerhalb des Betriebes usw. fließen jetzt in den Betrieb zurück, um die Produktionssteigerung, die Verbilligung zu erzielen. Dieser Prozeß vollzieht sich (im Gegensatz zu dem harmonischen Nebeneinander in der Gemeinwirtschaft) unter schweren Katastrophen. Dem Nebeneinander in der Anpassung von verbilligter Bedürfnisbefriedigung und verbilligter Produktion steht hier ein Nebeneinander in der Anpassung an die gewöhnlich technisch sehr stark veränderte Situation gegenüber. Dieses Nebeneinander, das die Gemeinwirtschaft ganz natürlich vermeidet, ist das eigentliche Wesen der privatkapitalistischen Krise. Sie wütet ärger und dauert länger, je mehr die Anpassung der Produktion an das technisch veränderte Bild verschleppt wurde. Ihre Zeitdauer wird aber schließlich dadurch bestimmt, wann sich die Verbilligung in der Produktion mit der gesunkenen Kaufkraft deckt. Schneidet sich die eintretende Verbilligung mit der gesunkenen Kaufkraft, dann ist die Krise überwunden, dann tritt der Umschwung ein und die Konjunktur beginnt

von neuem. War die Konjunktur die Zeit der privatwirtschaftlichen Expansion, so wird der wirtschaftliche Tiefstand, die Depression, zu der durch die Umstellung des Betriebes begründeten Krastquelle für diese Expansion. Die Krise ist so der Born, aus dem der moderne Privatkapitalismus immer wieder neue Energie empfängt. Jedenfalls war die Überwindung der Vorkriegskrisen leichter als heute. Die sogenannte Ueberproduktion hatte vor dem Kriege in dem überseeischen Absatz immer für lange Zeit ein erstklassiges Ventil. Zur Not führte man die Sanierung durch Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen durch. Die Technik selbst kam für den Ausgleich verhältnismäßig weniger in Frage als heute. Das technische Tempo war auch damals wesentlich langsamer als gegenwärtig. Dazu kommt, daß heute der überseeische Markt für uns zum mindesten durch die amerikanisch-japanische Konkurrenz mehr als früher beengt ist. Schon dadurch mußte sich der Umstellungsprozeß maßlos erschweren, konnte er sich nicht so reibungslos vollziehen wie in der Zeit des Aufstiegs des modernen Privatkapitalismus.

Es wäre völlig verfehlt und hieße den Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Krise der Wirtschaftsform völlig verkennen, wenn man die kompliziertere Umstellung von heute nur auf den Krieg zurückführen wollte. Schon jahrelang vor dem Kriege war festzustellen, daß sich der Zeitraum zwischen den konjunkturmäßigen Veränderungen im Wirtschaftsgebilde immer mehr und mehr verringerte. Vor allem stieß der Ausgleich durch Konjunkturgewinne und durch Lohnreduzierungen auf Schwierigkeiten, einmal, weil in der immer kürzer werdenden Konjunkturzeit der Konjunkturgewinn, die zur Verfügung stehenden Kapitalreserven, an dem wachsenden Umfang der Gesamtheit der Produktionsmittel gemessen, immer geringer wurde (Sinken der Profitrate vor dem Kriege); des andern, weil die Reduzierung der Löhne auf den Widerstand der Gewerkschaften stieß. Der notwendige Ausgleich, die mehr in den Vordergrund tretende Anpassung der Produktionsmittel an den technischen Fortschritt, erforderte also größere Eigenmittel des einzelnen Industriellen, spannte das Eigenkapital der einzelnen Erwerbsgesellschaften schärfer an. Und schon um die Jahrhundertwende gelegentlich der Invasion der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie in das lothringische Erzbecken zeigte es sich, daß die einzelnen Unternehmer bzw. die einzelnen beteiligten Erwerbsgesellschaften den Kapitalanforderungen nicht gewachsen waren. Der Ausweg ergab sich nur in der Eigentumsverschmelzung der einzelnen, auf demselben Gebiet arbeitenden Personen oder Firmen. Der persönliche Besitz hinderte aber die Zusammenfassung der einzelnen Teile zu einem großen brauchbaren Instrument. Aus dieser Zeit ist ja der Versuch des alten August Thyssen bekannt, zwischen der Firma Thyssen und Groß-Gesellschaft (Rheinische, Schalker Gruben- und Hüttenverein ufm.) ein Ganzes zu schmieden. Später, noch vor dem Kriege, versuchte Hugo Stinnes, von der Basis der Deutsch-Luzemburg-A.G. ausgehend, etwas Ähnliches. Die Eigentumsveränderungen gingen hier um die bekannten Korperschaften. Thyssen und Stinnes waren ohne Zweifel in ihrem Kreis die Weisheitigeren, die konstruktiv Denkenden, die die vermehrten Schwierigkeiten der modernen Krise ganz richtig nach der Seite der Notwendigkeit einer vermehrten und erleichterten Kapitalbeschaffung auslegten. Beide unterlagen; August Thyssen gegen Emil Nordhoff, den unumschränkten Herrscher von Groß-Gesellschaft, und zwar in einem persönlichen Duell, wie ihn in ähnlicher Weise der alte Scharfmacher Nordhoff vor einigen Tagen bei Gründung des Montantrusts, wo es wieder um die Besitzform ging, provozierte. Bissleicht wäre ohne die Eigentumsbesitze Nordhoff der Montantrust schon vor 15 Jahren Tatsache; jedenfalls trieben die Krisenkräfte damals schon zu Eigentumsverschmelzungsexperimenten, wie wir sie jetzt im Farbentzern und im Montantrust erleben und wie sie sich in der Elektrizitätsindustrie vorbereiten. Hugo Stinnes mußte im Kampfe um Nordhoff den Banken weichen, wie in einem ähnlichen, wenn auch nicht so groß angelegten Versuch der ehemalige preußische Handelsminister Röhrer, der lange Röhrer, wiederum an der Macht der vereinigten Schwerindustrie gegen das Staatsexperiment scheiterte. In dem Kampf gegen Röhrers Hibernia-Experiment drückt sich die privatkapitalistische Selbstbehauptung aus; mit sicherem Fingerspürgefühl erkannte man die Vorteile der gemeinwirtschaftlichen Produktion, selbst wenn sie, wie es damals der Fall war, an einen schwerfälligen Etat gebunden war und mit einer maßlos rückständigen kameralförmigen Verwaltung arbeitete — und bekämpfte sie. Die besten Köpfe drängten darauf, den privaten Kapitalismus in seiner Eigentumsform den Kapitalansprüchen gegenüber beweglicher zu gestalten, ihn größer, d. h.

elastischer zu machen. Es handelt sich um eine Assimilierung, eine Anpassung von Vorteilen, die der Gemeinwirtschaft wesentlich und von Haus aus eigen sind, an die Privatwirtschaft. Der moderne Privatkapitalismus hat dann auch während der Inflation einen groß angelegten Versuch unternommen, diese Assimilierung folgerichtig durchzuführen. Der Versuch ist an die Person des verstorbenen Hugo Stinnes geknüpft. Er, der den Mechanismus der Inflation wohl in Deutschland am besten kannte, benutzte ihn, um die ihm erreichbaren Teile des mobilen Vermögens in Deutschland und die Differenzen zwischen Papiermarkt- und Realwerten in Sachwerten anzulegen. Er schuf sich tatsächlich eine ungeheure Eigentumsbasis, die dadurch vergrößert wurde, daß das bloße Beispiel des Gründers Stinnes viele Industriellen zur Kapitalulation zwang, d. h., sie rundeten seine Besitzbasis freiwillig auf dem Wege der Interessengemeinschaft usw. genügend ab. Ohne Zweifel hatte sich Stinnes, der durch die Jahre des Krieges und der Inflation hin durch sein Vermögen, das vor dem Kriege bereits auf 30 Millionen Mark geschätzt wurde, ungefähr verdreihundertfachte, die Grundlages für die Assimilierung hergestellt. Wenn auch dieser Versuch scheiterte, so lag das an der bekannten Fehlkonstruktion: zuviel tote, d. h. unrentable Substanz, zuviel Bankschuld, die die neue Eigentumsbasis gesehte. Als Hugo Stinnes junior 1925, vor dem Zusammenbruch der vom Vater ererbten Aktien, nach Amerika ging, um den Kapitalstrom in den Stinnes-Trust zu leiten, erwies es sich, daß der Versuch, infolge des Abbröckelns und der hoffnungslosen Lage des Stinnes-Konzerns (Der Besitz und die von ihm für das fremde Kapital zu bietenden Sicherheiten schmolzen von Tag zu Tag zusammen) gescheitert war. Was der Expropriation des Herrn Stinnes, die allerdings unter ungeheurer Schädigung des Staates und der übrigen Wirtschaft durchgeführt wurde, nicht gelang, versucht man heute auf dem Wege der gütlichen Vereinbarung, der freiwilligen Trustgründung, indem Gleiche ihr Eigentum der Verschmelzung übergeben, um die hypothetischen Sicherheiten für die Aufnahme der Mittel zur Überwindung der Krise zu schaffen. Es war Generaldirektor Haslacher, der sich auf der Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke A.-G. (Rheinstahl) kürzlich sehr ausführlich über diese Zusammenhänge geäußert hat. Haslacher führte u. a. aus, daß die Ursachen des Planes einer Trustgründung darin zu suchen seien, daß die gegenwärtigen Lasten für die Einzelwerte untragbar sind, und daß auf der anderen Seite eine Selbstkostenverbilligung durch Technik in dem erforderlichen Maße durchgeführt werden muß. Es habe sich herausgestellt, daß eine Spezialbearbeitung (im Rahmen des großen Rationalisierungsprogramms) angesichts der jetzt bestehenden 35prozentigen Produktionsbeschränkung (Kontingentierung) in der Eisen- und Stahlindustrie von den Einzelwerten nicht durchgeführt werden kann. Dem Gedanken einer Verschmelzung des Eigentums sei man nun von dem Gesichtspunkt nähergekommen, daß die Umstellung der Werte eine Frage der Technik von Eisen und Stahl sei; nur die Eigentümer hätten aber hier die erforderlichen technischen durchgreifenden Maßnahmen treffen können. Ebenso konnten die zur Umstellung erforderlichen Aufwendungen nur durch eine Finanzierung mit Hilfe des Auslandes gedeckt werden, das seinerseits eine derartige Finanzierung nur auf der Grundlage von hypothetischen Krediten zu geben bereit war." Haslachers Ausführungen zeigen die Schwere der gegenwärtigen Krise in der Wirtschaftsform. Sie geht in ihren Anfängen bis zu dem Augenblick zurück, wo Thyssen seine Hand nach Groß-Gesellschaft und Stinnes seine Hand nach Nordhoff ausstreckte. In diesem Zusammenhang ist die gegenwärtige Vertrauensbewegung ein neuer Versuch, unter Behauptung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform Vorteile der gemeinwirtschaftlichen auszunützen, durch eine Beschränkung des persönlichen Eigentums die größere Elastizität in den Eigentumsverhältnissen zu erzielen, zur Überwindung der Krise zu kommen. Mit Beginn dieses Planes wäre fürs erste die Krise in der Wirtschaftsform zugunsten der Privatwirtschaft entschieden. Ihr Sieg wird aber die andere Regelung, die bessere Regelung in der Gemeinwirtschaft nicht aufhalten.

Friedrich Dill.

Zum „Schutz“ gegen ihre Qualen müssen die Arbeiter sich zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Elend zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der „unveräußerlichen Menschenrechte“ tritt das beschränkende Gesetz eines beschränkten Arbeitstages.

Karl Marx.

Lohnpolitik, Wirtschaftskrise und RWB. deutscher Gemeinden und Kommunalverbände.

Wir sind friedliebende Leute und haben aus diesem Grunde in der Regel vermieden, die Sozialpolitik des RWB. von uns aus in irgendeiner Weise beeinflussen zu wollen. Wenn wir trotzdem in den letzten Jahren und insbesondere vor RWB.-Verhandlungen in unserem Verbandsorgan Stellung nehmen mußten, so geschah das in der Hauptsache als Antwort auf merkwürdige Ausführungen oder Auffassungen auf der Arbeitgeberseite, insbesondere aber der Geschäftsstelle des RWB. Diesmal reizen uns nun einige Ausführungen der Mitarbeiter des „Magazin“, Organ des RWB., zur Beleuchtung obiger Fragen, die gegenwärtig allgemein aktuell sind und für die öffentlich-rechtlichen Betriebe in indirekter Form sich auswirken. Die Redaktion des „Magazin“, (das ist Herr Dr. Sternberg-Kaasch) hat unter Anwendung eines Zitates von Goethe an Externmann eine Anzahl Mitarbeiter aufgefodert, sich über die Entwicklung der Wirtschaft usw. auszusprechen. Das ist dann auch in ziemlich ausgiebigem Maße geschehen. Wir wollen nun unsern Lesern einiges aus dem Vielerlei nicht vorenthalten, um festzustellen, wie die Gedankengänge in den Kreisen des kommunalen Arbeitgeberverbandes sind. Wir möchten dabei mit der letzten Auslassung beginnen, die von Herrn Obermagistratsrat Dr. Vollbrecht-Berlin stammt. Er wirft die Frage auf, wohin der Weg des „Magazin“ geht? Soll eine weitere Zeitschrift für Arbeitsrecht, Sozialpolitik usw. damit geschaffen sein? Er hält das nicht für möglich; denn diese Dinge können von einem Arbeitgeberverband nicht mit der notwendigen Unparteilichkeit behandelt werden. Das „Magazin“ soll aber kein Bruderorgan der sozialpolitischen Interessenzeitschriften der Spitzenorganisationen privatwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände werden; denn die deutschen Gemeindeverwaltungen nehmen zwar sachlich Betriebsleitungsaufgaben wahr, legen aber Gewicht darauf, in gleich engem Verhältnis zu Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerinteressen zu stehen. Es wird weiter noch von Dr. Vollbrecht gesagt, daß das „Magazin“ nicht als Gegenorgan gegenüber den Gewerkschaften aufzutreten hat; denn nichts wäre unfruchtbarer. Also muß sich das „Magazin“ tapfer in der Beschränkung als Meister zeigen. Es müsse eine Anpassung erfolgen an die besondere soziale, wirtschaftliche Lage der gemeindlichen Betriebe, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. „Hier legt die Zukunftsaufgabe des „Magazin“ ein, sich zu einem Organ der Erkenntnisgemeinschaft der deutschen gemeindlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszubilden.“ Es wird unter Zitierung Regiens dann weiter gesagt, daß in gemeinsamer Arbeit die Erkenntnis der sozial- und betriebswirtschaftlichen Probleme der Gemeindebetriebe auch zu einer Erkenntnisgemeinschaft sich entwickeln kann, und auch, soweit in der Privatwirtschaft der Geist der Gleichberechtigung, der Gemeinschaft der Erkenntnis, kurz einen kulturellen Inhalt des modernen Produktionsprozesses wieder zur Entstehung zu bringen geneigt ist, werde auch hier ein Weg der Gemeinschaft zu beschreiten sein.

So weit, so gut, und es flehe sich mit diesen Thesen wohl mancherlei anfangen, wenn dem nicht eine ganze Anzahl Gegenthesen gegenüberstünden, die von anderen Mitarbeitern herühren und die doch zum Teil von merkwürdigen Auffassungen über volkswirtschaftliche Probleme zeugen. Wir glauben aus unsern persönlichen Kenntnissen heraus leider nicht sehr zu gehen, daß z. B. die Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Baum-Hanau das „Verständnis“ der Geschäftsleitung des RWB. in viel höherem Maße charakterisieren als die Ausführungen Dr. Vollbrechts. Herr Dr. Baum-Hanau schreibt nämlich:

„Es wäre ein leichtsinniges Verschließen der Augen vor wirtschaftlich notwendige Tatsachen, wollte man glauben, ohne Senkung der Lohnhöhe die Gesundung unserer Volkswirtschaft zu erreichen. Die Aufgabe tritt daher an die Gemeinden heran, in ihrer Lohnpolitik alle diejenigen Schritte zu tun, die kommende Lohnsenkungsperiode von den Gesichtspunkten aus zu leiten, die ihr als öffentlicher Arbeitgeber und als Träger der sozialen Pflichten gegenüber den minderbemittelten Bevölkerungsklassen obliegen.“

Das Tempo der Lohnsenkung zu überwachen, ihre Möglichkeit an den Preisen der Lebenshaltung sorgfältig zu prüfen, ist Aufgabe der Gemeinden, wobei sie aber sich klar sein müssen, daß es ihre Aufgabe nicht ist, in der Lohnhöhe über das Maß der privaten Industrien und anderer öffentlicher Arbeitgeber hinauszuweisen. Zum andern aber müssen die Gemeinden die Gelegenheit benutzen, eine bessere Ausgestaltung der Lohnsätze, Spezialisierung nach Arbeitsart und Arbeitsleistung durchzuführen, damit auch vom Gesichtspunkt des Faktors „Arbeit“ im Produktionsprozeß eine Rationalisierung der Volkswirtschaft eintritt. Das erfordert auf der einen Seite größere prozentuale Lohnunterstützungen für den Jugendlichen, den Ungelernten, den Angelernten und den Gelehrten, richtige Dosierung der Lohnsteigerung nach Dienstalter, rich-

tige Staffelung der sozialen Zulage. Auf der anderen Seite erfordert es den Ausbau des Prinzips der Leistungszulagen, um den Anreiz der Mehrleistung nach Qualität wie Quantität zu sichern. Diese Aufgaben ergeben Kämpfe; Kämpfe, die notwendig sind, wie Theorie und Praxis immer wieder erwiesen haben, wegen der Gesundungsprozeß rasch vorwärts geführt werden soll. Möge es zu dieser Notwendigkeit im Jahre 1926 den deutschen Gemeinden als Arbeitgeber, weder ihren Verwaltungen noch ihren Vertretungspersonal, an Einsicht und Mut nicht fehlen!“

Hier hören wir schon ganz andere Töne und damit kommen wir auch wohl auf des Pudels Kern in der Auffassung mancher Kreise des RWB. Also Mut zum Kampf mit den Arbeitern um Senkung der Lohnhöhe! Das ist die Parole, die Herr Dr. Baum-Hanau zum besten gibt. Es mag noch nebenher erwähnt werden, daß auch Herr Syndikus Feuerherdt-Magdeburg, Herr Bürgermeister Mueller-Marburg sowie einige andere im kommunalen Leben weniger bekannte Persönlichkeiten sich zwar ausführlich äußern, jedoch sind diese Darlegungen zu allgemein gehalten, so daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Wir wollen uns deshalb nur ein klein wenig mit Herrn Dr. Baum beschäftigen.

Da trifft es sich gut, daß seit Monaten, insbesondere seit dem heftigen Ausbruch unserer Wirtschaftskrise, die Frage der Rationalisierung der Volkswirtschaft wie auch der Lohnpolitik in zahlreichen Zeitschriften etwas gründlicher behandelt wird, als das sonst der Fall ist. Eine sehr interessante und lehrwerte Studie ist z. B. im Februarheft der „Gesellschaft“, herausgegeben von Dr. Rudolf Silberding, erschienen, unter dem Titel „Wirtschaftskrise und Lohnpolitik.“ Es wird darin von Wladimir Boytinsky mit sehr interessantem Zahlenmaterial aufgemauert über die Formel von der Herabsetzung der Produktionskosten. Ohne Herrn Dr. Baum zu kennen, sagt Boytinsky: „Wenn man aber von der Herabsetzung der Produktionskosten spricht, meint man für gewöhnlich die Herabsetzung des Arbeitslohnes und die Verlängerung der Arbeitszeit, meint man schlechterdings den Druck auf die Arbeiter.“ Boytinsky unterzieht sich nun der Mühe, im einzelnen nachzuweisen, daß einmal die Arbeitszeit in Amerika nur von 11 Proz. der Arbeiter über 48 Stunden geht, während 68 Proz. der Arbeiter 44 Stunden und weniger tätig sind, daß trotz alledem die Reallohnne rechtlich das Dreifache dessen betragen, was Deutschland zurzeit zahlt. Eine Tabelle, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, die den Reallohn vom 1. Juli 1925 in verschiedenen Ländern darstellt, steht folgendermaßen aus: Wenn der Lohn in den Vereinigten Staaten 100 Proz. beträgt, so erhalten die Arbeiter in nachfolgenden Ländern hiervon folgende Prozente:

Vereinigte Staaten	100	Belgien	82
Kanada	81	Spanien	80
Australien	76	Tschechoslowakei	79
Großbritannien	54	Polen	28
Dänemark	53	Italien	27
Holland	46	Oesterreich	26
Norwegen	45	Estland	21
Schweden	40	Portugal	17
Deutschland	34		

Es zeigt sich also, daß Amerika nicht nur wesentlich kürzere Arbeitszeit hat als die meisten europäischen Länder, sondern daß es auch einen wesentlich höheren Reallohn hat. Ueber die Ursachen ist schon sehr oft berichtet worden. Nicht zuletzt ist aber entscheidend die entgegengesetzte Theorie und Auffassung, wie sie Herr Baum und ein Teil der Unternehmerversyndikate vertreten. Sie kommt insbesondere auch zum Ausdruck im Ratheft 1925 des „Monthly Labor Review“ durch eine Erklärung des amerikanischen Arbeitsministers James J. Davis, es heißt darin:

„Ich glaube, man kann sagen,“ schreibt der Arbeitsminister dem Völkerrichter des kapitalistischen Welt, „daß die Produktionskosten vermindert werden können, als durch Herabsetzung des Arbeitslohnes der Männer und Frauen. Die Steigerung der Produktivität muß m. E. an der ganzen Front die Lösung der amerikanischen Arbeitsfrage sein: Steigerung der Produktivität, nicht aber Senkung der Lohnsätze.“

Die Auffassung des amerikanischen Arbeitsministers hat sich bekanntlich sogar der ja nicht gerade als jüngerlich bekannte Ford zu eigen gemacht. In der Tat kann zusammenfassend gesagt werden, daß die Politik der hohen Löhne zur Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung ganz wesentlich sich auswirken müßte zur Behebung der Wirtschaftskrise, und daß sie für Deutschland oder, wenn man so sagen will, für das daniederliegende Europa noch viel notwendiger ist als für die Vereinigten Staaten

Amerikas. Denn in dem Maße, wie der innere Markt gesteigert werden kann, wird auch die Produktion stärker in Gang gesetzt werden können, und bei hohen Löhnen würde sich ganz von selbst eine wesentlich stärkere Rationalisierung der Volkswirtschaft auswirken. Wir können uns dabei für die Privatwirtschaft allerdings noch denken, daß eine Schmälerung der Profitrate zugunsten des Arbeitsertrages vorgenommen würde und daß vor allen Dingen durch besseren Ausbau der Konsumgenossenschaften eine erhebliche Ausschaltung des Kleinhandels vor sich ginge; ja, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften der großen Städte eine wesentliche Preisberabsetzung durchzuführen könnten im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Das Schmarogertum im Kleinhandel, aber auch im Großhandel, könnte dadurch zu erheblichem Teile beseitigt werden.

Für die Gemeinwirtschaft würden sich diese Dinge zum Teil nur indirekt auswirken. Immerhin könnte auch hier ein Uebrigendes geschehen, indem die Gemeinden die Konsumvereine entsprechend unterstützen oder selber im Notfall Warenverteilungsstellen eröffnen. Wir könnten uns auch ferner vorstellen, daß ähnlich wie die Gemeinde Wien (siehe „Aus den Gemeinden“) die großen Städte eine rege Bautätigkeit entfalten und damit den gesamten Wirtschaftsmarkt günstig beeinflussen können. Wenn wir also eine Jahresübersicht auf gesunder Grundlage für die Gemeindepolitik vom Verwaltungsstandpunkt aus haben wollen, so müßten gerade umgekehrt, wie Herr Dr. Klum sich die Sache denkt, die öffentlich-rechtlichen Betriebe mit der Befürwortung einer Politik hoher Löhne in den eigenen Betrieben und Verwaltungen vorangehen.

Aber so überzeugend diese Ausführungen für unsere gesamte Kollegenchaft sein dürften, so wenig treffen sie die Auffassungen der Mehrzahl jener Herren, die im RAB vereinigt sind. Man möchte die „Entwicklungslinie“ der Privatwirtschaft nicht verlassen und macht sich letzten Endes auch deren Argumente und Methoden zu eigen. Diese Argumente und Methoden gehen aber gegenwärtig dahin, Lohnabbau, längere Arbeitszeit, weniger Sozialpolitik (weil der Arbeitsmarkt überfüllt ist und wir schon eine Wirtschaftskrise haben). Man glaubt, man sei stark genug, diese Nachpolitik durchzusetzen! Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, das deutsche Unternehmertum täuscht sich. Gewiß wird in den Zeiten so schrecklicher Krise der Kampf nicht auf der ganzen Linie gleichzeitig aufgenommen werden können, wie es manche linksgerichteten Kollegen wünschen. Bergabsteigekämpfe führen erfahrungsgemäß zu Niederlagen. Niederlagen erschweren uns den Aufstieg der Arbeiterschaft. Planmäßigkeit und Taktik muß das Wesen der deutschen Gewerkschaften bleiben, und sie können sich nicht allein vom Gefühl hinführen lassen. Aber diejenigen Gewerkschaften, die trotz der Krise auch heute gut intakt sind in ihrer Kämpferschar und ihren Finanzen — und dazu zählt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter —, sind verpflichtet, alles daran zu setzen, um den gesunkenen Lebensstandard

der deutschen Arbeiterschaft zu bessern. Darum gilt es auch, in dieser Zeit den Kopf oben zu behalten und nicht zu erlahmen, um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gemeinde- und Staatsbetrieben durchzusetzen. Wir stehen vor der Erneuerung des RAB. Will der Reichsarbeitsgeberverband Konjunkturpolitik treiben und weitere Verschlechterungen der gemeindlichen Sozialpolitik herbeiführen, so wird und darf es ihm nicht gelingen. Wir werden in keinem Falle die Hand dazu bieten. Wir erwarten ferner, daß auch die Arbeitszeitfrage unter gar keinen Umständen verschlechtert werden darf, daß wir vielmehr auf der ganzen Linie den Achtstundentag als Minimalforderung aufrechterhalten müssen. Gewiß sind wir von der Bedingtheit aller Einzelfragen insofern überzeugt, als wir uns nicht ganz lösen können von den Gesamtvorgängen unserer Volkswirtschaft. Aber wir sind auch der Ueberzeugung, daß die deutschen Gemeinden sehr wohl ihren Arbeitern einen Lebenslohn gewährleisten können, der einen höheren Standard bedeutet, als das zurzeit der Fall ist. Darum werden wir, solange es noch Bürgermeister wie Herrn Dr. Blaum-Hanau gibt, die den Kampf für den Abbau des Lohnes aufnehmen wollen, diesem Kampf nicht ausweichen! Es werden die Leute um Dr. Vollbrecht in den Reihen des Arbeitgeberverbandes sich darüber klar sein müssen, daß diese Methode nicht dazu führen kann, die innere Zusammengehörigkeit und Erkenntnisgemeinschaft von Verwaltung und Arbeiterschaft in Gemeindebetrieben zu fördern. C. D.

Sind für die Arbeiter in Gasanstalten und in elektrischen Licht- und Kraftanlagen besondere gesundheitschädigende Einwirkungen anzunehmen, welche eine mehr als achtstündige Arbeitsdauer ausschließen?

(Artikel eines Gutachtens des Medizinrats Dr. Birholz) von Prof. Dr. Schales, Dozent für Gewerbehygiene an der Technischen Hochschule zu Berlin.

Ueber die im Titel enthaltene Frage ist von dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Mitteldeutschlands ein Gutachten des Medizinrats Dr. Birholz eingeholt worden. In der Einleitung des Vorstandes des genannten Arbeitgeberverbandes, unterzeichnet Dr. Werber, heißt es: „Dem Begutachteten wurde außer der als Titel verwendeten Frage folgende weitere Schlüsselfrage unterbreitet, so daß er völlig unbefangen an das Problem herangehen konnte.“ Somit übernimmt also Medizinrat Dr. Birholz allein die Verantwortung. Das in den Veröffentlichungen des Arbeitgeberverbandes als Heft 3 erschienene Gutachten wurde mit von dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zur

Nach Amerika.

IV.

Um Anschluß nach Atlantic City zu bekommen, mußten wir den Delaware auf einer Reisefähre überqueren. Bei dem Betrieb dieser Fahrzeuge muß man sich wundern über die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit, die das Gefährt besitzt. In Europa habe ich auch nur annähernd ähnliche Fähren und einen annähernd ähnlichen Fährbetrieb nicht gesehen.

Atlantic City ist ein Luxusbadort. Wirkliche und eingebildete Kranke und die reichen und reichsten Spieler Nordamerikas und der übrigen Welt scheinen Atlantic City zu ihrem Lieblingsaufenthaltsort zu haben. Ein ungeheurer Luxus herrscht dort. In den Hotels gibt es in allen Zimmern See- und Süßwasser, warme und kalte Bäder. In der letzten Saison sollen angeblich 5 Millionen Besucher in Atlantic City gewesen sein. Da allen amerikanischen Zahlenangaben gegenüber eine gewisse Vorsicht am Platze ist, möchte ich mich auch nicht dafür verbürgen, daß es nicht schließlich noch einige mehr oder weniger gewesen sind. Hotels mit 1000 bis 2000 Zimmern und 24 Stockwerken Höhe sind keine Seltenheit, und merkwürdig: deutsche Kellner, deutsche Mitsongs und deutsche Musik trafen wir ausgerechnet in Atlantic City am häufigsten. Wir sahen am ersten Abend beim Abendrot, eine Hauskapelle spielte diverse Musikstücke, und plötzlich hören wir — wir trauen unseren Ohren kaum — ein deutsches Volkslied: „Nach der Heimat möcht' ich wieder...“ und später noch: „Sah ein Knab' ein Rößlein stehn...“ als Einlage. Wie wir später erfahren, hatten die Musiker (Deutsche) uns zu Ehren das getan. Hier in Atlantic City konnte man noch besser als sonstwo die Ueberkultur der amerikanischen Weiber kennen lernen. Nicht das amerikanische Weib schlechthin, jedenfalls aber die

Mehrzahl derer, die in Atlantic City waren, sind Puppe, Spielzeug und Herrin des Mannes zugleich. Sie machen den Eindruck, als ob bei uns die Wochsbüsten aus den Friseurläden täglich heraus bekommen hätten und auf die Straße gegangen wären. Auf einem 18 englische Meilen sich hinziehenden, holzgerahmten Badestrand, der etwa 20 Meter breit ist, lassen sich die Herrschaften von Regentombas in kleinen japanischen Ritzbas an Stelle von Wagen auf und ab fahren, oder man nimmt Reiterunterricht und legt — von Regentombas begleitet — auf den halbwildem Mustangs an dem herrlichen Badestrande auf und ab. Reiche amerikanische Jugend pouffiert in diesen fahrbaren Sänften bei Tage wie bei Nacht ganz ungeniert, obwohl man sonst in Amerika ziemlich bigott und prüde ist, fehlt doch selbst in den Hotelzimmern niemals und nirgends eine Bibel, in der namentlich die Schöpfungsgeschichte stark hervorgehoben wird, damit auch der Spieler, wenn er abends schlafen geht, schlafen kann, wie seine Vorfahren einstmalig auf die Welt gekommen sind. Freizeitsbeschäftigung des Ortes abends überall, in nach den Straßen offenen Lokalen Glücksspiel mit hohen und kleinen Einsätzen aller Art und alle möglichen sonstigen kostspieligen Zerstreuungen zeugen davon, daß „Geld“ in diesem Orte groß geschrieben wird.

Atlantic City hat auch einen geradezu idealen Badestrand, ein wunderbares Klima, eine feucht-warme Temperatur, sehr starke Brandung. Man kann noch bis Ende Oktober baden. Laufende herrliche Billen der amerikanischen Multimillionäre stehen hier im Winter leer. Daß es vielen davon schon wieder überdrüssig geworden ist, hier zu wohnen, und sei es auch nur vorübergehend, das kann man auf Hunderten von Schildern lesen, in denen diese Grundstücke und Villen „for sale“ gestellt werden. Grundstücks-wucherer aller Art haben auf großen Reklameschildern zur Spekulation ein; einer davon gibt an, in drei Jahren selbst 185 000 Dollar

kritischen Beurteilung übergeben, weil es mit den bisherigen Erfahrungen der Fachleute in trüstem Widerspruch steht. Daß gerade ich mit der Aufgabe betraut wurde, rührt daher, daß ich mich seit Jahren mit den Gesundheitsverhältnissen der in Frage kommenden Arbeiterkategorien beschäftige und über deren Unfall- und Berufsgelahrten eingehende Untersuchungen angestellt habe, die im Protokoll der Reichskonferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter vom Jahre 1922 in Kassel veröffentlicht sind. Herr Medizinalrat Dr. Birkholz kommt in seinem Gutachten zu folgenden Schlüssen:

„In den Gasanstalten und elektrischen Betrieben im allgemeinen und in den von mir besichtigten Betrieben im besonderen steht in gesundheitlicher Hinsicht dem nichts entgegen, daß statt der achtstündigen eine zehnstündige Arbeitsdienstzeit mit einer Mittagspause eingeführt wird. Denn der Dienst in den vorerwähnten Betrieben läßt keine besonderen gesundheitsschädigenden Einwirkungen annehmen, er ist auch kein schwerer, bald den Menschen ermüdender, da er weniger körperliche Anstrengung als vielmehr Aufmerksamkeit und Vorsicht verlangt. Endlich steht die Arbeiterkraft der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages sehr sympathisch gegenüber.“

Ueber diesen letzten Passus brauche ich mich als Arzt und Hygieniker nicht mit Herrn Medizinalrat Birkholz auseinanderzusetzen, das ist Sache der gewerkschaftlichen Organisation. Meine persönlichen Erfahrungen über die Stellung der Arbeiter sind allerdings erheblich andere!

Da Herr Medizinalrat Dr. Birkholz in seinem Gutachten sowohl über technische wie auch medizinische und volkswirtschaftliche Fragen ein ganz bestimmtes Urteil fällt, muß untersucht werden, auf Grund welcher Erfahrungen und Studien er sich dazu für geeignet hält. Mit erfreulicher Offenheit sagt er das selbst! Er schreibt nämlich (S. 8): „Ich habe mich deshalb nach vorherigen allgemeinen Literaturstudien auch mit besonderen kritischen Ermittlungen in Gasanstalten und elektrischen Betrieben während der letzten Wochen beschäftigt.“ Herr Birkholz hat, wie er weiter angibt (S. 9), das Gaswert in Apolda am 29. Oktober, das in Gotha am 4. November besichtigt, ferner das Kraftwerk Elspersleben am 27. Oktober, das in Apolda am 29. Oktober 1925.

Außer diesen — man wird wohl zugeben müssen, nicht eben gerade übermäßig großen — praktischen Erfahrungen hat Herr Medizinalrat Dr. Birkholz sich auch Literaturkenntnisse anzueignen versucht, und zwar aus dem Rubnerschen Lehrbuch der Hygiene, dem „Kurzen Lehrbuch der Arbeits- und Gewerbehygiene“ von R. B. Lehmann, einer Aufsatzreihe von Schall; Die Ofenhausarbeit in den Steinkohlengasanstalten in unsalttechnischer und gewerbehygienischer Beziehung usw. („Zentralblatt für Gewerbehygiene“ 1917), dem Ost'schen Lehrbuch der chemischen Technologie und endlich den „Internationalen Uebersichten über Gewerkekrankenheiten“ (von Teletzky u. Bregina). Diese Literaturstudien sind — das

verdient zu haben, und sucht Leute, die es ihm nachmachen wollen. Also eine ganz andere Welt. Bei uns versuchen die Grundstückswohner den Nachweis zu führen, daß sie nichts verdient und nur im Allgemeininteresse gehandelt haben!

In einem Riesensaal unmittelbar am Meeresstrande tagte der Kongreß der Federation of Labour. 800 Delegierte sind anwesend, die größtenteils ihre Frauen mitgebracht und vielfach 1500 bis 2000 Meilen (1 englische Meile = 1,6 Kilometer) im Auto zurückgelegt haben, um am Kongreß teilzunehmen. Gäste sind aus England, Mexiko und Deutschland erschienen, deren Vertreter kurze Ansprachen halten. Ein Pfarrer ruft den Segen des Himmels herab, und die Arbeiten des Kongresses konnten nunmehr beginnen. Die deutsche Delegation wurde besonders demonstrativ begrüßt und mußte auf der Bühne Platz nehmen. Geredet wird nicht viel auf solchen Kongressen; auch ist das tägliche Arbeitspensum des Kongresses, der alljährlich stattfindet und auf 14 Tage Dauer eingerichtet ist, ein eng bemessenes. Die Einwanderungsfrage und das Verbot der Kinderarbeit waren die Hauptfragen, die den Kongreß beschäftigten. Nach einigen Tagen verließen wir abends Atlantic City, um eine große Eisenbahnwerkstatt in Cumberland zu besichtigen. Früh um 2 Uhr trafen wir dort ein. Unser Wagen blieb auf totem Strang bis frühmorgens stehen, die Eisenbahngesellschaft stellte Autos zur Verfügung, um die weit gelegenen Werkstätten zu besichtigen. Große Werkstätten mit modernen Maschinen und auch sonst modernen Arbeitsmethoden fanden wir vor, jedoch fehlten hygienische Einrichtungen für die Arbeiter fast gänzlich. In dieser Werkstätte werden nur Reparaturen ausgeführt, und deswegen wird ausschließlich im Zeitlohn gearbeitet. Durch Befragen stellten wir fest, daß Ungelehrte 55 Cent, Angelernte 69 Cent und Handwerker 73 Cent Lohn pro Stunde erhielten: (100 Cent gleich 1 Dollar gleich 4,20 Mark.)

Bei hier gleich gesagt — ebenso ungenügend wie die praktische Erfahrung des Gutachters!

Es sollen nun die Ausführungen von Herrn Birkholz näher kritisch betrachtet werden:

1. Herr Medizinalrat Dr. Birkholz als technischer Begutachter: Praktische Erfahrungen: Besichtigung von 2 (1) Gaswerten, 2 Elektrizitätswerten. Benutzte Literatur: Lehrbuch von Ost, das — absichtlich — nur den chemisch-technologischen Prozeß darstellt, ohne auf die weiteren Folgeerungen in hygienischer und sonstiger Hinsicht einzugehen, die guten Aufsätze von Schall, die sich nur mit der Ofenhausarbeit beschäftigen, Lehrbuch von Lehmann, das die Technik der Leuchtgasfabrikation in 29 Zeilen behandelt, die Elektrizitätswerte überhaupt nicht, Rubners Lehrbuch der Hygiene, das die Gasfabrikation und die Erzeugung des elektrischen Stromes nur kurz beschreibt, und endlich die „Internationalen Berichte“, die die in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten der verschiedenen Länder gerade erwähnten zufälligen Beobachtungen anführen, und die natürlich nach ganz anderen Gesichtspunkten zusammengestellt sind! — Und auf dieser mangelhaften praktischen Erfahrung und Literaturkenntnis fußend, wagt Herr Medizinalrat Birkholz zu behaupten, daß während des ganzen Arbeitsprozesses keine Schädigungen entstehen können, daß „die Heizer im Ofenhaus keinem merklichen Staub, Ruß, giftigen Gasen und auch nicht der Gefahr der Verbrennung oder übermäßigen Hitze einwirkungen ausgesetzt sind“, daß „keines Erachtens keine Explosionsgefahr des Gasometers vorhanden“ ist. —

Hätte Herr Medizinalrat Dr. Birkholz aber auch nur die von ihm angeführte — nur sehr unvollständige — Literatur wirklich gelesen, so würde er z. B. bei Schall gefunden haben, daß sehr wohl große Gefahrenquellen für Unfälle im Ofenhausbetrieb bestehen (S. 136), daß die Arbeiter beim Schüren, Schlagen der Generatoren, beim Bescheiden der Retorten, beim Transport und Löchen des glühenden Kokes gefährdet sind (S. 136), ferner durch Einatmen von Kohlenoxyd, Leuchtgas, sowie anderen giftigen Gasen (S. 136), besonders beim Aushöhren und Ausbrennen der Steigrohre (S. 161) usw. Herr Dr. Birkholz scheint nicht einmal das von Dr. Weber geschriebene Vorwort zu seinem Gutachten gelesen zu haben, denn sonst hätte er doch zum mindesten die dort (S. 2/3) angeführten gesundheitsschädlichen Arbeiten bei Gas- und Elektrizitätswerten in seinem Gutachten erwähnen müssen! — Im übrigen ist auch in der wenigen von Dr. Birkholz benutzten Literatur auf weitere Werke und Veröffentlichungen hingewiesen, die ein gewissenhafter Gutachter hätte einsehen müssen. Wenn Herr Medizinalrat Dr. Birkholz nicht eine für einen „Gesundheitsbeamten“ verblichene Unterkenntnis der Standardliteratur zeigen würde und z. B. Bessis „Handbuch der Hygiene“, 7 Band, Gewerbehygiene, kennen würde, so würde er dort in der „Hygiene der chemischen Großindustrie, 2. Teil“, die

Nach kurzem Aufenthalt ging es weiter durch wildromantische Gegenden nach Cincinnati. Die Stadt macht einen guten Eindruck und erinnert in ihrer Lage an Stuttgart. Nach Besichtigung der Organisationsbureaus und Austunferteilung durch Organisationsvertreter führte uns anderen Tages unsere Reise nach Indianapolis, eine wenig schöne Stadt, die einzelne imposante öffentliche Gebäude hat, die in ihre Umgebung schlecht passen. Indianapolis ist der Hauptsitz der Transportarbeiter- und der Holzarbeiterorganisationen. Während wir in allen Städten gute Übernachtung hatten, gelang es uns in Indianapolis nur nach langwierigen Bemühungen, ein äußerst primitives Unterkommen zu finden. Der Grund hierfür war, daß 14 000 Wollereibesitzer aus Amerika zu einem Kongreß versammelt waren und alle vermeidbaren Wohnräume mit Beschlag belegt hatten. — Die Gewerkschaftsbureaus und ihre Einrichtungen waren hier — wie übrigens überall in den großen Organisationszentralen Amerikas — außerordentlich zweckmäßig, zum Teil direkt luxuriös ausgestattet.

Unser Weg führte uns später nach St. Louis. St. Louis hat den angeblich größten Bahnhof Amerikas. Mag sein, der schönste ist es sicher nicht. Die Stadt ist auch nach europäischen Begriffen schön und befindet sich in herrlicher Lage am Mississippi. Wir kamen abends um 9 Uhr an, wurden sofort von einer Delegation des Gewerkschaftsverbandes empfangen und mußten uns vom Bahnhof in eine Versammlung des Gewerkschaftsverbandes begeben. Der Empfang war äußerst herzlich, und wir konnten den sehr starken deutschen Einfluß in St. Louis sofort feststellen. St. Louis hat ungeheuer großen Kommunalbesitz, Wasserwerk und Hospital sind städtisch, desgleichen ein herrlicher Zoologischer Garten, dessen Besuch unentgeltlich ist, ein städtisches Freilichttheater, außerordentlich schön gelegen, mit 15 000 Sitzplätzen, von denen gleichfalls 3000 zu jeder

Darstellung des Senatepräsidenten Fisher über die „Leuchtgasindustrie“ gefunden haben. Fisher, der Techniker, bespricht dort S. 994 u. ff. „die mit dem Betrieb eines Gaswerks für die Arbeiter und die Nachbarschaft verbundenen Gefahren und Belästigungen sowie ihre Betämpfung“ und führt aus, daß sowohl im Ofenhausbetrieb wie auch sonst eine Reihe von Quellen für Unfallgefahren und Berufsschädigungen liegen. Der sachverständige Mediziner und Gesundheitsbeamte Dr. Birkholz weiß das besser, er hat keine bemerkt, er hat z. B. sogar „selbst gesehen“, daß „beim Ablöschen des Retortentofens keine gesundheitschädigenden Einwirkungen für die Arbeiter“ entstehen (S. 9 des Gutachtens). Herr Dr. Birkholz kann also sehen, ob giftige Gase usw. eingeatmet werden! — Nach diesen Ausführungen wird also die Qualifikation des Herrn Medizinalrats Dr. Birkholz als technischer Sachverständiger nicht allzu hoch einzuschätzen sein.

2. Herr Medizinalrat Dr. Birkholz als medizinischer Begutachter: Kann man von einem Mediziner nicht allzu viel technische Kenntnisse verlangen — auch die Beschäftigung der „letzten Wochen“ hat anscheinend nicht viel geholfen —, so sollte man aber doch um so mehr hygienische Kenntnisse von einem Gesundheitsbeamten verlangen. Wie steht es damit? — Herr Dr. Birkholz hat auch bei wochenlanger Beschäftigung mit der Materie nicht die wichtigste Literatur eingesehen, wie ich schon oben gezeigt habe. Er hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, die von Schall und Lehmann angeführte Literatur zu studieren. Er hätte nämlich sofort ersehen, daß die Krankheitsstatistiken eine höhere Erkrankungsstärke der Gasanstaltsarbeiter ergeben. (Fischer S. 1010, Schall S. 100 u. ff., ferner Chajes S. 96 u. ff.) Die absolut unzulänglichen bzw. falschen Zahlen für die Unfallhäufigkeit der Gasarbeiter hätte Dr. Birkholz ebenfalls nicht angeführt, wenn er die genannten Arbeiten und die Berichte der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke etwas studiert hätte. Aber auch die aus dem Lehmannschen Lehrbuch zitierten Krankheitszahlen hätten ihn zu etwas größerer Vorsicht und Sorgsamkeit bei seinen Schlüssen — auch beim Zitieren — veranlassen sollen, denn Lehmann führt ausdrücklich an, daß die Arbeiter in Gasanstalten nach den Leipziger Statistiken „etwa 20 Proz. über normal“ Erkrankungsstärke zeigen. (S. 418.) Dieses Zitat findet sich merkwürdigerweise bei Herrn Dr. Birkholz nicht!

Wenn Herr Dr. Birkholz ferner das Buch von Prof. E. Gwyn: „Die Kohlenoxydvergiftung“ gekannt hätte, dann würde er dort (S. 167) die Vergiftungsgefahren der Gasarbeiter durch Kohlenoxyd erfahren und gesehen haben: „Meiner Ueberzeugung nach ist ein großer Teil der Gasarbeitererkrankungen, über deren Verhältniszahlen zu diesen und von einander Abweichendes geschrieben worden ist, als Kohlenoxydwirkung aufzufassen.“

Nach diesen wenigen Beispielen, die noch erheblich vermehrt werden könnten, dürfte wohl auch über die mangelhafte Eignung des

Herrn Medizinalrat Dr. Birkholz als gewerbehygienischer Sachverständiger kein Zweifel bestehen!

3. Herr Medizinalrat Dr. Birkholz als volkswirtschaftlicher Begutachter: Es ist nicht meine Aufgabe, auf dieses Spezialgebiet einzugehen. Aber auch hier scheint die Kenntnis des Herrn Gutachters ebenso lückenhaft zu sein wie auf den beiden anderen Teilgebieten. Gerade die Fragen der Ermüdung, der Pausen usw., auf die er ja selbst unter Anführung einiger Zitate aufmerksam macht, sind bei weitem noch nicht für die meisten Berufstätigkeiten genügend geklärt, um sie ohne weiteres als Grundlage für die Bestimmung der Arbeitsdauer zu machen. Die Arbeiten von Abbe, John Rae, die Umfragen im Mannheimer Industriebezirk, die Schriften von Brentano und die sich aus diesen ergebende Literatur und viele andere zeigen dem mit diesen Fragen etwas näher Vertrauten, daß die Probleme der Arbeitszeit viel schwieriger zu lösen sind, als Herr Dr. Birkholz meint, und daß weder seine sehr mangelhaften Unterlagen und persönlichen Erfahrungen, noch die des Herrn Geheimen Sanitätsrats Prof. Dr. Alt irgendwelche Beweiskraft besitzen, um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu begründen! Mit seinen Erfahrungen als Gesundheitsbeamter in den Luchfabriken bei zehnstündiger Arbeitszeit wird Herr Medizinalrat Dr. Birkholz bei ernsthaften Gewerbehygienikern ebenso wenig Eindruck machen wie mit seinem Gutachten über die Gas- und Elektrizitätswerkarbeiter.

Bessere Ausführungen über das Gutachten des Herrn Dr. Birkholz behalte ich mir für die wissenschaftliche Fachpresse vor. Wenn ich dem Wunsche nach einer kritischen Besprechung des publizierten Gutachtens an dieser Stelle nachgegeben bin, so geschah es deshalb, um die schädlichen Folgen derartigen oberflächlicher und unzutreffender Veröffentlichungen möglichst zu beseitigen. Es ist kein Wunder, wenn nach derartigen Leistungen das Vertrauen weiter Bevölkerungsschichten zu den Ärzten, und besonders zu den Gesundheitsbeamten als Gesamtheit erschüttert wird, wenn nämlich, wie in dem Birkholz'schen Gutachten, ohne genügende Erfahrungen und Sachkenntnisse Urteile mit apodiktischer Bestimmtheit gefällt werden. Nur bei intensiver Mitarbeit der Ärzte können gewerbehygienische Fortschritte erzielt werden und nur so kann das „kostbarste Kapital“ — wie Herr Dr. Birkholz richtig sagt — „der arbeitende Mensch“, erhalten werden. Wird das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Ärzteschaft aber erschüttert — und Leistungen, wie das vorliegende Birkholz'sche Gutachten tragen leider mit Recht dazu bei —, so wird eine Zusammenarbeit von Ärzteschaft und arbeitender Bevölkerung sehr zum Schaden des Volkswohls erschwert oder unmöglich gemacht!

Vorstellung unentgeltlich belegt werden können. Ein reicher Deutsch-Amerikaner namens Albert von Hofmann, der selbst Großindustrieller ist, aber mit der Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich auf bestem Fuße steht, sorgte dafür, daß wir in St. Louis von allen Behörden bestens unterstützt wurden. Dieser Mann verfügt auch sonst über eine starke soziale Einsicht. Für seine Arbeiter und Angestellten hat er ein glänzendes Ferienheim auf seinen großen Besitzungen geschaffen, hat eine Schule für seine Angestellten eingerichtet, auch vergibt er nicht, an sich selbst zu denken, indem er uns versicherte, daß er von Donnerstagabend bis Montag früh nicht zu sprechen sei, weil er freitags als Moslem, Sonnabends als Jude und Sonntags als Christ lebe, also drei arbeitsfreie Tage in der Woche haben müsse. St. Louis ist der Hauptort der Eisenbahntelegraphenorganisation. Das Stammhaus hat sich ein amerikanischer Krösus mit einem Kostenaufwand von 300 000 Dollar herstellen lassen, fürstlich eingerichtet, und als ihm das Objekt nicht mehr gefiel, hat er das Haus für 60 000 Dollar an den Verband verkauft. Im Innern befinden sich 25 große Räume, im wahrsten Sinne des Wortes fürstlich eingerichtet. St. Louis hat starken deutschen, namentlich aber süddeutschen Einschlag. Wir trafen viele Darmstädter, Stuttgarter usw. Ein imposantes Gebäude ist das Banthaus der Eisenbahntelegraphenorganisation. Die Spareinlagen betragen bereits 6 Millionen Dollar. Städtische Arbeiter gibt es nur in der Straßenreinigung, der Kanalisation und im Wasserwerk. Ihre Löhne werden geregelt nach den Löhnen gleichartiger Arbeiter in der Privatindustrie. Nur im Wasserwerk, das angeblich das größte der Welt sein soll — ich habe später in Milwaukee noch ein größeres gesehen —, sind die Löhne der Feuerleute auf 145 Dollar und für Arbeiter auf 125 Dollar monatlich festgelegt. St. Louis hat zwei Wasserwerke, das eine weist eine Tagesleistung von 45 bis 55 Millionen Gallonen

auf und das andere liefert täglich 128 Millionen Gallonen Wasser. Es sind in beiden Werken sehr wenig Leute beschäftigt, weil fast alles automatischer Maschinenbetrieb ist. Der Selbstkostenpreis für 1 Million Gallonen Wasser beträgt 12 Dollar. Es ist noch ein neues Werk im Bau, das angeblich 12 Millionen Dollar kosten soll. Wassermesser gibt es in Amerika nicht, wie mir versichert wurde. Die Hausbesitzer zahlen pro Raum und Jahr 50 Cent Wassergeld. Die Folge dieses wohlfeilen Wassers soll sein, daß amerikanische Städte weit, weit mehr Wasser verbrauchen, als gleichgroße Städte in anderen Ländern.

Von St. Louis führt der Schienenweg durch dicht besiedeltes Land nach Chicago. Hier in dieser Gegend dominiert der deutsche Bauer. Die Art der Feldbestellung, die Anlage der Dörfer, der ganze Menschenschlag, alles erinnert an die deutsche Heimat. Chicago betrachtet sich selbst als die drittgrößte deutsche Stadt, denn es gibt dort angeblich nahezu soviel Deutsche wie Hamburg Einwohner hat. Chicago macht im allgemeinen einen freundlicheren Eindruck als New York. Der Verkehr ist nicht ganz so gewaltig wie der in New York, immerhin aber doch weit stärker, als ihn irgendeine europäische Stadt aufzuweisen hat. Chicagos Hochbeinen sind ansprechender als die der großen Metropole am Hudson. Die vorbandene Untergrundbahn ist zum Personenverkehr nicht geeignet und kann nur zum Paketverkehr verwendet werden. Herrliche Anlagen in einer Gesamtlänge von 25 Meilen umgeben einen großen Teil der Stadt. Hier folgt Park an Park. Auch eine Anzahl deutscher Männer haben dort ihre Ehre gefunden, unter anderen Wilhelm von Humboldt, Goethe und Schiller. Die Lage Chicagos am Michigan-See ist schön und außerordentlich gesund.

Straßenbahnen (15 000) und Hochbahnen (5000) sind bis zum letzten Mann organisiert. Die Straßenreinigungs- und Kanali-

Zur Neuwahl und Schulung der Betriebsräte.

Alle Dinge müssen betrachtet werden wie sie sind und nicht wie man sie gern sehen möchte. Als einen Fortschritt muß man es aber schon betrachten, wenn man gemachte Fehler erkennt und bemüht ist, diese Fehler abzustellen. Daß aber von den Betriebsräten heute noch allzuviel Fehler gemacht werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Wir brauchen uns auch nicht zu scheuen, dieses offen auszusprechen. Darin liegt ja eben der Fortschritt, daß man gemachte Fehler erkennt und sie demzufolge nicht wieder zu machen braucht. Als ein allzu großer Fehler muß es aber schon betrachtet werden, daß bei jeder Neuwahl der Betriebsräte andere Personen auf den Posten gewählt werden, angeblich darum, wie man oft hören kann, weil sich der alte Betriebsrat nicht bewährt hat. Wenn auch zugegeben werden soll, daß in einzelnen Fällen ein Personenwechsel erfrischend und belebend wirken kann, so muß der allzuhäufige Wechsel im allgemeinen eher schädigend als verbessernd wirken. Ganz abgesehen davon, daß in großen Betrieben der Vorsitzende des Betriebsrats freigestellt, d. h. von der Arbeit innerhalb des Betriebes entbunden ist, so müssen in den meisten Fällen die Kollegen Betriebsräte genau so ihre Lagerarbeit verrichten wie die übrigen Kollegen in den Betrieben. Dieser Betriebsrat hätte also die Pflicht, nach getaner Arbeit sich mit dem Betriebsrätegesetz und den sonstigen Pflichten als Betriebsrat vertraut zu machen. Dieses Hineinleben in den Buß und Paragraphen erfordert mehr Zeit und Willenskraft, als die Kollegen bei der Wahl zum Betriebsrat berücksichtigen. So bildet der häufige Wechsel der Personen viel mehr eine Gefahr als einen Fortschritt für das Ganze. Noch viel schlimmer liegen die Dinge aber in dem Falle, wenn sich alte erfahrene Betriebsräte nicht wieder wählen lassen. In den meisten Fällen liegen die Ursachen darin, daß sie durch das unverständige Verhalten ihrer Arbeitskollegen amtsübrig geworden sind und bei der nächsten Wahl den Schreibern das Feld räumen. Die Folge davon ist dann, daß spätestens in der darauffolgenden Wahlperiode wieder neue Männer auf den Plan rücken müssen, weil auch der letzte Betriebsrat versagt hat. Der Arbeitgeber steht mit einem hämischen Lächeln als lachender Dritter dabei und hat keinen heftigeren Wunsch, als daß sich das eben geschilderte Schauspiel noch häufig wiederholen möge. Den Nutzen hat er davon und nicht die Arbeiterschaft.

Wäre die Gesamtarbeiterschaft heute, fünf Jahre nach dem Bestehen des Gesetzes, über die in dem Gesetz verankerten Rechte und Pflichten so informiert, wie sie eigentlich sein sollte, dann wäre jeder einzelne in der Lage, den Posten als Betriebsrat zu bekleiden. Wir dürfen wohl ohne Uebertreibung sagen, daß es noch heute eine große Zahl Arbeitnehmer gibt, die das BRG noch nicht gelesen haben. Wenn es dann aber zum Ueberflus auch noch vorkommt, daß Betriebsratsmitglieder nicht einmal ein BRG in Händen haben, dann kann daran ermahnt werden, welcher Schaden daraus für die Ar-

beiterschaft erwachsen muß. Aber nicht allein dem Arbeitskollegen ist der Betriebsrat für den eventuell durch seine Untertunings angerichteten Schaden haftbar; nein, auch dem Arbeitgeber kann der Betriebsrat Schaden anrichten, für den er nach dem Gesetz haftbar gemacht werden kann. Also auch dem Betriebsrat selbst droht unermeßliches Unheil, wenn er in Unkenntnis des Gesetzes handelt. Hierüber müssen sich die Betriebsräte im klaren sein und man sollte zu den Wahlen nur solche Kandidaten aufstellen, von denen man annehmen kann, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Grundlegend für die Erfüllung der Aufgaben der Betriebsräte ist ihre Einstellung zur gewerkschaftlichen Organisation. Jedes Selbstständigkeitsgefühl in Ehren, aber wenn die Betriebsräte dadurch den Kontakt mit der Organisation verlieren, dann wird die Selbstständigkeit zur Eigenbrötelei. Ohne die Organisationen können die Betriebsräte ihre Aufgaben nicht erfüllen und überall, wo auch nur der Versuch gemacht wird, die Organisationen auszuschalten, wird er zum Schaden der Arbeiterschaft auslaufen. Erfahrungen auf diesem Gebiete weisen auf die Richtigkeit dieser Schlussfolgerung hin.

Der § 1 des BRG sagt deutlich genug, zu welchem Zweck die Betriebsvertretungen gewählt werden sollen, denn er sagt: „Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.“

Hiernach kann für die Betriebsräte wohl kein Zweifel mehr bestehen, zu welchem Zweck sie gewählt werden. Daß die Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen aber nur im Benehmen mit den wirtschaftlichen Interessensvertretungen, den Organisationen, geschehen kann, darüber sind sich doch wohl die Geschickten einig. In den gewerkschaftlichen Organisationen müssen die Betriebsräte ihren Halt suchen und nur dort werden sie die notwendige Unterstützung in der Erfüllung ihrer schweren Aufgaben finden. Nichts wäre verkehrter, als wenn die Betriebsräte nun glaubten, sie könnten auf der neuen gesetzlichen Regelung, die ihnen einen erhöhten Einfluß auf das Betriebsgeschehen gewährt, ohne die Organisationen diesen Einfluß ausüben. Nur dort, wo starke gewerkschaftliche Organisationen hinter ihnen stehen, wird ihnen das gelingen.

Nichts wäre aber auch im volkswirtschaftlichen Interesse schädlicher als eine betriebsweise Regelung des Arbeits- und Lohnverhältnisses. Sie würde den Gedanken der Solidarität der — von der Rentabilität des einzelnen Betriebes unabhängigen — Einheitlichkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen zerstören zugunsten eines beschränkten Betriebsegoismus und „den kapitalistischen Konkurrenzkampf auch innerhalb der Arbeiterschaft züchten“. Sie würde es dahin bringen, daß der Zufall der Arbeitsstelle für die Lebenshaltung der ein-

zuarbeitenden werden fast ausschließlich von Griechen und Italienern besorgt. Eine Organisation besteht nicht; ihre Löhne werden durch eine Kommission, in der das Gewerkschaftsmitglied vertreten ist, geregelt. Allgemein interessieren dürfte, daß das Straßenbahnpersonal auf der Brust das Organisationsabzeichen tragen muß, welches alle Monate verändert wird und gleichzeitig eine Quittung über den gezahlten Beitrag darstellt. Tarifverträge werden in der Regel für dieses Personal mit ein- und zweijähriger Dauer abgeschlossen. Wer nicht organisiert ist oder keine Beiträge zahlt, wird entlassen. Die Straßenbahner in Chicago haben ein herrliches Bureau und Versammlungsgedäude. Jedes Mitglied zahlt monatlich 50 Cents extra zur Erhaltung dieses schönen Hauses. In Chicago ist der deutsche Einschlag und der deutsche Einfluß wieder ziemlich stark zu merken, obwohl das Deutschland durch den Krieg einen furchtbaren Schlag erlitten hat, von dem es sich wahrscheinlich nie wieder vollständig erholen wird. Es gibt da wie in New York ganze Stadtviertel, in denen hauptsächlich deutsch gesprochen wird. In einem solchen Viertel suchte und fand ich auch den Bruder unseres Kollegen Otto Becker, von dem er seit vielen Jahren keine Nachricht erhalten hatte. Es geht ihm gut, er hat ein schönes Häuschen mit schönem Garten und ein gutes Einkommen.

Den großen Schlachthäusern von Armour stellten wir gleichfalls einen Besuch ab. Die Gebäude und die sonstigen Einrichtungen dieser großen Schlachthäuser sind nicht gerade vorbildlich, aber der Betrieb und die Art, wie dort Vieh vom Leben zum Tode befördert wird, ist immerhin beachtenswert. Man würde die Schlachtmethoden bei Armour für brutal und grausam halten, wenn nicht überall auf großen Schildern zu lesen stände, daß diese Schlachtmethode die humanste sei. Es würden mehrere Artikel dazu gehören, eine ausführliche Beschreibung dieser Schlachthäuser zu geben, die vor einigen

Jahrzehnten dem Dichter Upton Sinclair Anlaß gaben, seinen Roman „Der Sumpf“ zu schreiben. Die Arbeitsmethoden sind so, daß jeder einzelne seine letzte Nerven- und Muskelkraft hergeben muß, um den Anforderungen zu genügen, die Armour an ihn stellt.

Von Chicago führt uns in rasender Fahrt in schöner, gerader Linie am Michigan-See entlang die elektrische Bahn nach Milwaukee. Milwaukee ist eine der schönsten und saubersten Städte Amerikas. Außer dem nicht sehr großen Geschäftsviertel besteht die ganze Stadt aus Villen und Landhäusern. Sauber gepflegte Grünflächen und breite Vorgärten vor den Häusern geben der Stadt einen freundlichen Ausdruck. Die Häuser haben durchschnittlich 5 bis 8 Zimmer und zeigen durchweg deutsche Einrichtung. Man sagt, Milwaukee sei die deutscheste Stadt Amerikas. An der Spitze der Stadt steht ein sozialistischer Bürgermeister. Der Stadtrat besteht aus 25 Personen, 14 sind bürgerlich, 11 bezeichnen sich als Arbeitervertreter. In dem herrlichen, sehr praktisch eingerichteten Rathaus erhielt ich alle Auskunft, die ich wünschte. Milwaukee baut zurzeit die größte Kläranlage der Welt mit einem Kostenaufwand von 28 Millionen Dollar. Eigene städtische Betriebe mit Ausnahme des Wasserwerkes und eines Armen-Krankenhauses hat auch Milwaukee nicht. Für die in städtischen Diensten stehenden Arbeiter ist ein Mindestlohn von 55 Cents pro Stunde festgesetzt, eine Bestimmung, gegen die das dortige Unternehmertum Sturm läuft. In Milwaukee wie überhaupt im Staate Wisconsin darf Margarine nicht hergestellt und auch nicht gehandelt werden. Diese Bestimmung beruht wahrscheinlich auf einem politischen Kompromiß zwischen Industrie, Arbeiterschaft und Farmern. Die Nacht hindurch ging unsere Fahrt nach Cleveland, wo wir unter wolkenbruchartigem Regen früh morgens eintrafen. Hier haben die Verbände der Lokomotivführer ihre Zentrale.

jeinen Angehörigen des gleichen Berufs von entscheidender Bedeutung ist und letzten Endes zu der dem gewerkschaftlichen Grundgedanken widersprechenden Gewinnbeteiligung am einzelnen Betriebe führen.

Das B.R.G. geht in seinen Grundgedanken davon aus, daß die Betriebsvertretungen im Zusammenwirken mit den Organisationen ihre Aufgaben erfüllen. Gleichsam programmatisch weist es in seinem § 8 darauf hin, daß die Schaffung der Betriebsvertretungen die Aufgabe der wirtschaftlichen Vereinigungen, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, unberührt lasse. Es sieht die Zugehörigkeit der Gewerkschaftsvertreter — mit beratender Stimme — zu den Einrichtungen des Betriebsrats wie zu den Betriebsversammlungen vor; in der Durchführung der von den Organisationen abgeschlossenen Tarifverträge erblickt es eine der wesentlichen Aufgaben der Betriebsvertretungen. Also nicht Betriebsvertretungen oder Gewerkschaften, sondern Betriebsvertretungen und Gewerkschaften, das muß der Leitgedanke aller Betriebsvertretungen sein.

Die Hoffnungen, die auf das B.R.G. gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Auch die Arbeiterschaft trifft ein Teil Schuld. Sie folgte dem Rufe der Organisationen, sich an den Betriebsräteversammlungen zu beteiligen und gemeinsam Mittel und Wege zu suchen, das unvollständige Gesetz voll auszunutzen, in nicht genügender Weise. Die dadurch bestehende Unkenntnis hat mit dazu beigetragen, daß die Rechte der Arbeiter und Angestellten aus dem Gesetz ungenügend ausgenutzt wurden. In zahlreichen Betrieben sind noch im Jahre 1925 keine Betriebsvertretungen gewählt worden. Hier können wir nicht umhin, auch den Verbandsvertrauensleuten zu sagen, daß sie ihre Pflicht der Organisation gegenüber nicht getan haben. Hätten sie der Organisation Mitteilung gemacht, daß eine Wahl nicht vorbereitet wurde, dann hätte die Organisation rechtzeitig eingegriffen. Der Schaden, der durch solche Pflichtverletzung der Arbeiterschaft innerhalb eines Betriebes erwachsen kann, ist größer als im allgemeinen angenommen wird. Den Vorteil hat auf jeden Fall der Arbeitgeber. Es sei in diesem Zusammenhang nur darauf hingewiesen, daß die Betriebsvertretungen ein Recht zum Klagen haben, ohne daß ihnen Unkosten entstehen. Der einzelne Arbeiter aber, der grundlos entlassen wird, kann die Hilfe des Betriebsrats nicht in Anspruch nehmen, wenn er klagen will. Er muß mangels einer Betriebsvertretung dies selbst tun.

Sorgen wir dafür, daß es in Zukunft besser wird, vor allem, daß überall Betriebsvertretungen gewählt werden. Fr. Br.

Unsere Jugend

Eine impotente Rundgebung für die Freizeit der Jugend fand am 4. Februar 1926 in Berlin im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats statt. Veranstalter waren der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, dem auch die gewerkschaftlichen Jugendverbände sowie die sozialistische Arbeiterjugend angeschlossen sind, ebenso weitere 24 Organisationen des Gesundheitswesens, der Wohlfahrtspflege, der Frauenbewegung, des Berufsschulwesens, der Sozialen Reform und der Jugendwohlfahrt. Nach dem Referat des Jugendplaners Suderow, Professor Dr. Lemanowski, Graf Verchersfeld, Frau Oberin von Tilling, Gewerbeoberlehrer Heinrich, Fräulein Dora von der Sozialen Reform und Ollenhauer (S.R.) wurde die nachfolgende Entschließung für die Freizeit der Jugend einstimmig angenommen:

„Die unterzeichneten Organisationen haben sich in Berlin am 4. Februar 1926 im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats zu einer gemeinsamen Rundgebung für die Freizeit der Jugend zusammengeschlossen.

Die unterzeichneten Organisationen haben es als ihre Pflicht betrachtet, daß deutsche Volk, seine Reichsregierung und seine Landesregierungen, alle Träger der öffentlichen und städtischen Volkswohlfahrt sowie die deutsche Arbeiterschaft nachdrücklich und einmütig auf die schweren gesundheitlichen, erzieherischen und volkswirtschaftlichen Gefahren hinzuwirken, die der erwerbsfähigen Jugend aus dem Mangel an Freizeit erwachsen. Sie halten es zur Abwehr der Gefahren für dringend notwendig, daß alsbald gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, die den erwerbsfähigen und in der Berufsausbildung stehenden Jugendlichen eine ausreichende tägliche Freizeit und einer ausreichenden jährlichen Urlaub gewähren. Überzeugt von dem Rechte der Jugend auf ein jugendhaftes Leben und überzeugt von der Tatsache, daß eine unzureichende Freizeit der Jugend die Erhaltung der deutschen Volkskraft gefährdet und einen Ausbau an dem Volksteile darstellt, von dem wir erst in Zukunft Leistungen erwerben müssen, überzeugt von diesen Tatsachen eruchen wir die Reichsregierung, die Landesregierungen, die deutschen politischen Parteien und die deutsche Öffentlichkeit, sich für eine gesetzliche Erfüllung der folgenden Forderungen einzusetzen:

1. Grundtägliche Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre;
2. 3 Wochen bezahlte Ferien für erwerbsfähige Jugendliche (einschl. Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbsfähige Jugendliche (einschl. Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren;
3. Befreiung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschl. des Ganztagesunterrichts und der Zeit, die für die Anstreuungsarbeiten beansprucht werden könnte);
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabend-Mittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche;
5. Befreiung ausreichender Arbeitspausen;
6. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

Wir sind überzeugt, daß die Erfüllung dieser Forderungen der deutschen Volkswirtschaft nicht zum Nachteile, sondern vielmehr zum Vorteile wirkt, da eine ausreichende Freizeit die Jugendlichen an Leib und Seele zu kräftigen und dadurch ihre Arbeitsfreudigkeit und Leistungen zu heben vermag. Wir unterzeichneten Organisationen werden uns mit allen Mitteln und durch Schaffung geeigneter Einrichtungen dafür einsetzen, daß die Jugendlichen ihre Freizeit förderlich verbringen.“

• Aus unserer Bewegung •

Nachen. In der Generalversammlung am 20. Januar gab Kollege Müller den Jahres- und Quartalsbericht. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Wilhelm Engels, 2. Vorsitzender Josef Schiffsens, 1. Kassierer und Geschäftsführer Josef Müller, 2. Kassierer Jakob Strebe, 1. Schriftführer Hubert Degenhardt. Gauleiter Heine hielt dann einen Vortrag über Ferngasversorgung, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Am Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen die den Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses begrüßt, der den ADGB beauftragt, eine Einigung zwischen SPD. und APD. zur Herbeiführung eines Volksentscheides zur entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen Fürsten zu erwirken.

Kraßfeld. In der Generalversammlung am 8. Januar gab Kollege Gebhard den Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr. Ihm folgte der Kassenbericht vom 4. Quartal 1925 des Kollegen Umbreit. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Vorsitzender, Franz Gebhard; Kassierer Umbreit und Schriftführer Meyer.

Augsburg. In der Generalversammlung am 30. Januar gab Vorsitzender Britsch einen instruktiven Jahresbericht, dem zu entnehmen ist: Der Mitgliederstand hat sich 1925 von 759 auf 820 gehoben. Gestorben sind im Berichtsjahr 11 Kollegen. Versammlungen und Sitzungen wurden 110 abgehalten, außerdem eine Reihe von Sitzungen und Besprechungen mit dem Arbeiterreferat des Stadtrats Augsburg. Die Delegierten des Gewerkschaftsvereins nahmen an allen Sitzungen und Versammlungen teil. Nach dem Bericht des Kassierers Schuster betrug der Kassenbestand Anfang 1925: 1280,73 M. und am Schluß des 4. Quartals 2194,21 M., ein Beweis, daß sich die Finanzverhältnisse der Filiale zu bessern beginnen. Bei der Neuwahl der Filialverwaltung wurden gewählt: Vorsitzende: Britsch und Hint; Kassierer: Schuster und Appel; Schriftführer: Magg und Sedelmeier. Am Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung gegen jegliche Fürstenabfindung angenommen.

Breslau. In der Generalversammlung am 28. Januar wurde nach einem Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr der Kassenabschluss des IV. Quartals 1925 mit 19 487,87 M. Einnahmen und 9314,88 M. Ausgaben bekanntgegeben. Ein Kassenbestand von 10 172,49 M. konnte pro I. Quartal 1926 voreingenommen werden. Anschließend wurde zur Neuwahl der Körperschaften geschritten. Einstimmig fand die Wahl der Vorstandsmitglieder mit den Kollegen Bland, Schulze, Brause, Brutscher, Fabian, Ludwig, Reichenstein, Marzahn, Deutschlein, Quinte, Hanke und Käfel statt. In die Tarifkommission sind die Kollegen Brause, Quinte, Müller, Gärtner, Betraich, Bunte, Fischer, Koch, Brutscher und Kramer gewählt. Als Kassenrevisoren fungieren für die nächste Geschäftsperiode die Kollegen Hindemith, Ludwig, Raboth und Engel. Nach Beendigung des Wahlganges wurde zur Beratung eines Sozialaufschlages von 5 Pf. geschritten. Die Notwendigkeit, vornehmlich in der Unterstützung der Erwerbslosen begründet, wurde allgemein anerkannt und demzufolge auch die Einführung dieses Zuschlages von der siebenten Beitragswoche an, beschlossen. Hierauf folgte ein Bericht über die gegenwärtige Lohnbewegung. Nachdem von dem Verhandlungsausschuß und auch vom Magistrat die Forderung von 5 Pf. abgelehnt wurde, sind heute durch einen Spruch der Bezirkschiedsstelle die bestehenden Löhne bis zum 31. März 1926 festgelegt worden. Die augenblicklichen Umstände in Betracht ziehend, wird empfohlen, den Schiedsspruch nicht anzufechten. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. Nach einigen Hinweisen auf Konsum-Verein „Vorwärts“, Fürstenabfindung u. a., wurde die auf besuchte Versammlung geschlossen.

Dortmund. In der Generalversammlung am 24. Januar 1926 gab Kollege Weinauge den Jahresbericht. Für die Gemeindegewerkschaft sind drei Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt wor-

den Das gleiche trifft für die Arbeiterchaft der GBE-Werte zu. Im Jahre 1925 wurden die Löhne für beide Gruppen um 17 Proz. gesteigert. Die Lohnsteigerung für das hauseingeleitete Personal der städtischen Krankenanstalten beträgt im Berichtsjahre 30 Proz. Trotzdem muß bei allen Lohnstarfen noch eine wesentliche Steigerung eintreten, wenn die Löhne zum Lebensunterhalt ausreichen sollen. Bei den Verhandlungen über die Ruhegeldordnung sei es leider nicht möglich gewesen, die berechtigten Wünsche der Ruhegeldempfänger restlos durchzuführen. Für die Gruppe Schulhausmeister sind im verfloßenen Jahre eine Anzahl Verbesserungen geschaffen worden, die auf das gute Organisationsverhältnis dieser Gruppe zurückzuführen sind. Weinauge schüttert dann die Schwierigkeiten, die sich bei den Anträgen über Verbesserung der Besoldungsordnung ergeben haben. Die Beihilfe, welche diesen Kollegen am Jahreschluß zugestanden wurde, ist ungenügend. Die Spitzenorganisationen müssen alles daran setzen, um im Frühjahr eine genügende Regelung für die unteren Gruppen der Beamten zu schaffen. — Der Mitgliederstand (zahlende Mitglieder) hat sich im Berichtsjahre um 134 Mitglieder gesteigert. Durch Einführung eines Lokalfassenbeitrages ist erreicht worden, daß der örtlichen Verwaltung wieder Mittel zur Verfügung stehen, um die Interessen der Mitgliedschaft wirksam wahrnehmen zu können. Die dem Verband angefallene lokale Sterbefasse verfügt über einen Kassenbestand in Höhe der fünffachen Sterbeunterstützung. — In der Aussprache wurde besonders kritisiert, daß der Arbeitgeberverband bei den Verhandlungen über die Ruhegeldordnung darauf bestanden hat, die Hälfte der Alters- und Invalidenversicherung auf das Ruhegeld anzurechnen. — Ein Antrag auf Errichtung einer besonderen örtlichen Sektion für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte wurde angenommen. Ferner wurde eine Entschließung für den Volkenscheid einstimmig angenommen. Bei der Neuwahl des Filialvorstandes ergab sich die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit kleinen Verschiebungen.

Erlangen. In unserer Generalversammlung am 24. Januar sprach Gauleiter Schmitt-Kürnberg über Versorgungsanspruch, Versorgungsrecht der bayerischen Gemeindegewerkschafter. Bedauerlich wurde, daß für die Reichs- und Staatsarbeiter noch kein Anspruch auf Versorgung besteht. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch die Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe zum Teil schuld an diesem Zustand sind, da viele Kollegen den Weg zu unserem Verbande noch nicht gefunden haben. Aus dem Jahresbericht des Vorstands konnte entnommen werden, daß die Verwaltung mit Einschluß der Betriebsräte im verfloßenen Jahre manchen Vorteil für die Kollegenchaft erreicht hat. Der Kassenbericht weist an Einnahmen 570 Mk., an Ausgaben 317 Mk. und Lokalfassenbestand 253 Mk. aus. Nach den Berichten der Revisoren befindet sich die Kasse und die Einkassierung in den besten Händen. Die Neuwahl brachte die Wiederwahl der alten Verwaltung. Nach einem Hinweis auf die Werbemasche für die Reichs- und Staatsarbeiter erging ein Appell an die Kollegen, im kommenden Jahre treu zusammenzustehen.

Frankenthal I. Am Samstag, den 30. Januar 1926, veranstaltete unsere Filiale eine kleine Feier zu Ehren der Kollegen, die 25 Jahre gewerkschaftlich organisiert sind. Gauleiter Kollege Hund hielt eine entsprechende Ansprache, in der er die Verdienste der Jubilare und die Organisation besonders unterstrich. Als äußeres Zeichen der Anerkennung für die in diesen 25 Jahren geleistete gewerkschaftliche Arbeit überreichte Kollege Hund im Auftrage des Verbandsvorstandes den Verbandsjubilaren eine Urkunde, welche von den Kollegen mit sichtbarer Freude empfangen wurde. Kollege Bernad dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und schilderte in bewegten Worten, wie sie in demselben Lokale, wo heute die Feier stattfindet, vor 25 Jahren den ersten Antrag ausgearbeitet und dem Bürgermeisteramt Frankenthal als Forderung gestellt haben. Erst als sie den ernsthaften Versuch gemacht haben, die Stadt ins Dunkel zu setzen, hat das jedes sozialen Verständnisses bare Bürgermeisteramt der Forderung Entgegentommung gezeigt. Kollege Bernad forderte die Jugend auf, der Organisation jederzeit die Treue zu wahren, denn nur durch sie kann die soziale Lage der Arbeiter geboben werden.

Fürth. In der Generalversammlung am 22. Januar 1926 gab Kollege Spahn den Jahresbericht. Sämtliche Kollegen waren der Ansicht, daß bei Abschluß des neuen Reichsmanteltarifses unsere Reichsarbeitskommission unter allen Umständen dahin trachten muß, daß die Paragrafen verständlicher gefaßt werden müssen. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß an die Hauptkasse 10 515,71 Mark abgefunden werden konnten. Im Auftrage der Hauptkasse wurden 1728,50 Mk. an Unterstützungen bezahlt. Die Lokalfasse hat einen Bestand von 1157,52 Mk. Auf Antrag des Kollegen Hausziel wurde beschlossen, den arbeitslosen Kollegen am 1. Februar eine kleine Unterstützung zu gewähren. Für 1926 wurden gewählt die Kollegen Spahn als erster Vorsitzender, Heid als zweiter Vorsitzender, Tiefel als Kassierer, Griebinger als Schriftführer.

Görlitz. In der Hauptversammlung am 15. Januar, welche unsere erste im neubauten Volkshaus war, begrüßte Kollege Raczek die Ercheinenden im neuen Heim. Unter Punkt 1 wurde nach Bekanntgabe mehrerer geschäftlicher Mitteilungen folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Zur Finanzierung des Volkshaus-

baus werden die bisher gezahlten 5 Pf. Extrabeitrag pro Woche weitergezahlt.“ Ferner wurde einstimmig beschlossen, in dem Verwaltungsgebäude einen Bureauraum für unsere Filiale zu mieten. Kollege Brose gab die Abrechnung vom 4. Quartal und anschließend die Jahresabrechnung. Nach dieser betragen die Gesamteinnahmen 17 307,64 Mk., die Gesamtausgaben 16 949,58 Mk. Es bleibt ein Bestand von 358,06 Mk. Dieser Betrag ist zum größten Teil bei der Bauhütte, beim Helenebad, beim Volkshaus, bei der Volkszeitung und beim Konsumverein angelegt. Den Jahresbericht gab Kollege Raczek. Er gedachte zunächst der Kollegen, die im Laufe des vergangenen Jahres durch den Tod aus unseren Reihen gerissen wurden. In seinem Bericht streifte er die hauptsächlichsten wirtschaftlichen und politischen Ereignisse des vergangenen Jahres. Er konnte erfreulicherweise feststellen, daß sich unsere Filiale trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Notlage bis jetzt glänzend gehalten hat. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß im neuen Geschäftsjahr sich ein jeder Kollege an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes beteiligen werde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden als Vorsitzender Kollege Raczek, als 2. Vorsitzender Kollege Schäfer, als Kassierer Kollege Brose und alle übrigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt.

Halle a. S. Am 26. Januar 1926 hielten die „Gemeindegewerkschafter“ ihre Jahreshauptversammlung ab. In dem gegebenen Jahresbericht zeigte Kollege Flücht an Hand der Statistik, daß das Verbandsleben ein ganzes Stück vorwärts gegangen ist. Auch was die Lohn- und sonstigen Tariffragen betrifft, ist gegen das Vorjahr ein Fortschritt zu verzeichnen. Besonders bei der Urlaubsfrage wies Kollege Flücht auf die verschiedenartigsten Auffassungen unter der Kollegenchaft hin, die nicht immer zum Vorteil der Kollegen sind. Des weiteren berichtet er über die Konferenz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter in Leipzig, auf der angeregt wurde, für diese Arbeiter eine selbständige Sektion zu gründen, um sämtliche Arbeiter dieser Betriebe zu erfassen. Bei der Wahl der Sektionsleitung wurde darauf hingewiesen, daß die bisherige Leitung durch Gründung der Sektion: „Werbende Betriebe“ in diese übertreten würde, so daß eine neue Leitung gewählt werden muß. Es wurden dann die Kollegen Albert Schumann, Otto Wegener, Emil Schaumburg, Albert Lehmann, Bruno Frohn einstimmig in die Brandenleitung der Gemeindegewerkschafter, als Sektionsleiter Kollege Schumann gewählt.

Hannover. In der gut besuchten Generalversammlung vom 20. Januar 1926 erstattete Kollege Oakenmeyer den Kassenbericht vom vierten Quartal 1925. Der Lokalfassenbestand beträgt 9338,73 Mk. Dann folgte der Geschäftsbericht des Kollegen Müller über das Jahr 1925. Er schilderte die Kämpfe um den Reichsmanteltarif der Gemeindegewerkschafter in allen seinen Phasen. Bei den Lohnverhandlungen leistete der Arbeitgeberverband ebenfalls hartnäckig Widerstand, so daß wir gezwungen waren, jede Lohnaufbesserung durch die Schiedsstellen zu erkämpfen. In Bezug auf Dienstkleidung sind wir ebenfalls einen kleinen Schritt weiter gekommen, indem heute die Abteilung Messerwärter wieder ihre volle Uniform erhalten hat. Für die Reichsarbeiter sah es ganz besonders traurig aus. In Bezug auf Urlaub, Krankenlohn und Kinderzulage sollten ganz erhebliche Verbesserungen vorgenommen werden. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, weil eben bei den Eisenbahnern weit schlechtere Abmachungen bestanden. Es ist uns dann aber doch gelungen, auch für die Reichsarbeiter Verbesserungen zu erzielen. Bei den preußischen Verwaltungsarbeitern wurde es uns leichter gemacht. Dank der Zusammenkunft des Parlaments war es uns möglich, ohne Kündigung des Tarifs zu einem Abbruch zu kommen. Der Kampf um die Ruhegeldordnung wird auch im kommenden Jahre mit aller Schärfe geführt. Die Gewährung einer Dienstprämie von 100 Mk. für Kollegen, die 25 Jahre im Dienste des Reiches stehen, wurde wohl gezahlt, aber ohne Anrechnung der Militärdienstzeit. Der Reichstag wird hierüber zu entscheiden haben. Innerhalb der Sektion Gesundheitswesen mußten wir sehr oft in Aktion treten. Gerade in den Krankenschwestern sah es auf allen Gebieten sehr traurig aus. Zum Teil ist es uns gelungen, erhebliche Verbesserungen zu erzielen. Kollege Müller streifte dann noch die Gruppe Landstraßenwärter, die als größtes Verdienst für sich buchen können, daß alle restlos in unserer Organisation vereint sind. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes.

Heidelberg. In der Generalversammlung der Filiale Heidelberg am 24. Januar 1926 gab Kollege Duast den Geschäftsbericht. Ueber die Tätigkeit des Gesamtbetriebsrates berichtete der Kollege Otto Reichert. Die im Jahre 1925 verstorbenen Kollegen Frauenfeld Heinrich, Hafner Philipp, Himmelmann Leonhard, Knapp Eduard, Müßig Adolf, Müßig Heinrich, Schmitt Jakob und Bach Friedrich wurden in der üblichen Weise geehrt. Nach dem Tätigkeitsbericht entstanden der Filiale große Schwierigkeiten durch das rückfällige Verhalten des Reichsarbeiterverbandes gegenüber dem Reichsmanteltarifvertrag und seiner Auslegung. Im laufenden Jahr sollen alle Kräfte zusammengefaßt werden, um die reaktionären Anstöße des Arbeitgeberverbandes durch die Geschlossenheit der in städtischen Betrieben Beschäftigten zunichte zu machen. Die Kassenberichte des letzten Quartals und des Jahres 1925 gab Kollege

Raurer. Die Jahreseinnahmen betragen 35 489,10 Mk. gegen 23 800 Mk. im Vorjahre. Die Ausgaben betragen zusammen 23 866,68 Mk. An Unterstützungen wurden 4 643,20 Mk. gezahlt. Davon Erwerbslosenunterstützung 3786,70 Mk. und Sterbeunterstützungen 861,50 Mk. Buchmäßige Mitglieder wurden 1020 geführt; davon haben 1009 = 98 Proz. im 4. Quartal ihre Beiträge voll entrichtet. Der Vorschlag, im laufenden Jahre mehr für die Bildung der Mitglieder zu tun, wurde beifällig aufgenommen. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde mit zustimmender Diskussion einstimmig angenommen. Der Filialvorstand setzt sich zusammen: Vorsitzender **D u a s t**, Kassierer **R a u r e r**, Schriftführer **B i m m e r**.

Legau. I. Schl. In der gut besuchten Generalversammlung am 17. Januar 1926 gab Kollege **H o r n i g** den Jahresbericht, dem der Kassenbericht des Kollegen **S c h m i d t** folgte. Anschließend daran fand die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes statt. Er besteht aus den Kollegen **R i c h a r d H o r n i g**, 1. Vorsitzender; **G u s t a v K a h l**, 2. Vorsitzender; **M a g S c h m i d t**, Kassierer; **H e r m a n n S t o l l**, Schriftführer. Nach der Wahl hielt Kollege **K e n s c h i n - B r e s l a u** ein längeres Referat über: „Rückblick und Ausblick unserer Bewegung“, begrüßte dabei besonders die Chausseewärter, welche trotz 10 Grad Kälte meistenteils her so zahlreich erschienen waren. Ein gutes Zeichen, daß die Kollegen den Wert des Verbandes erkannt haben, zugleich ein Beispiel für manche Kollegen in der Stadt.

Mannheim. In der Generalversammlung am 29. Januar 1926 erstattete Kollege **Trumppheller** den Geschäfts- und Kassenbericht des verflohenen Jahres. Er konnte von einem regen und kollegialen Zusammenarbeiten der Funktionäre mit der Geschäftsleitung berichten. Die bei der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind nahezu reiflos in unserem Verbandszusammenschluß. Die Mitgliederzahl beträgt 2144, davon 210 weibliche. Auch die Kassenverhältnisse entwickelten sich gut. Am Schluß des Geschäftsjahres war ein Kassenbestand von 9248,68 Mk. zu verzeichnen. Besonders begrüßt wurde die Anschaffung einer reich ausgestatteten Bibliothek. Es sind besonders verschiedene Funktionäre fleißige Leser. Die vorgenommenen Wahlen zeigten die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder wie auch der Revisoren. Ein Referat des Kollegen **Trumppheller** über „Fürstenabfindung und Volkseinkauf“, welches zu einer sachlichen Diskussion anregte, beschloß die gut verlaufene Versammlung.

Schwarzenberg. In der diesjährigen Generalversammlung wurde der bisherige Filialvorstand wiedergewählt. Zur Gas-, Wasser- und Elektrizitätskonferenz nach Leipzig wurde Kollege **H u t s c h e n r e i t e r** gewählt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht konnte man sehen, daß es auch in unserer Filiale vorwärts geht. Einer lebhaften Kritik wurde der mit besonderer Feinheit von der Gaswerksdirektion ausgearbeitete Schichtplan unterzogen; derselbe sieht an Stelle des bisherigen Dreischichtensystems nur zwei Schichten vor, was natürlich von sämtlichen Kollegen abgelehnt wird. Folgende Resolutionen fanden einstimmige Annahme: I. Der Verbandsvorstand wird ersucht, bei den demnächst stattfindenden Verhandlungen dahin zu wirken, daß die Bestimmungen über den Mehrurlaub für Schwertriebsbeschäftigte, die bereits für die preußischen Verwaltungsarbeiten eingeführt sind, auch im Reichsmanteltarif festgelegt werden. II. Der Verbandsvorstand wird ersucht, beim **ADGB** dahin zu wirken, daß von demselben das Volksgehren zur Fürstenabfindung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gefördert und unterstützt wird.

Stollberg. Die Jahreshauptversammlung brachte uns einen Bericht über die Lohnbewegung. Der Schiedsspruch des Zentralausschusses fand nach eingehender Diskussion einstimmige Annahme. Der Kassierer erörterte die Kassenverhältnisse. Volkstafelbestand sind 252,94 Mk., einschließlich des Sammelgeldes. An die Hauptkasse gingen 277,52 Mk. Die Mitgliederbewegung ist auf ihrem Bestand geblieben. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Ein volles Einverständnis über die Tätigkeit des Vorsitzenden fand in der Wiederwahl des Vorstandes seinen Widerhall. Nur die Schriftführer mußten ersetzt werden. — Einem in unserem Reiche inhabierten Massenbruder, dessen Familie bittere Not leidet, wurden von unseren Sammelgeldern 20 Mk. einstimmig bewilligt. Der Vorsitzende erwähnte nochmals die Kollegen, mit aller Kraft und Solidarität dem Verband in einer weiteren geschlossenen Reihe die Treue zu bewahren.

Triberg, St. Georgen, Hornberg I. Schw. In der gut besuchten Generalversammlung am 10. Januar 1926 wurde nach Erledigung vorübergehender Tagesordnungspunkte zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten, die eine Wiederwahl der bisherigen Mitglieder ergab. Ausgenommen wurde der zweite Vorsitzende, den jetzt die Mitglieder von St. Georgen in der Person des Kollegen **K ä f e r** stellen. Als Betriebsratsmitglied wurde dann noch Kollege **R a u b e r** von St. Georgen vorgeschlagen. Die Filialen St. Georgen und Hornberg haben sich nun als Zahlstellen an die Filiale Triberg angeschlossen. Es wurden dann verschiedene Verbandsangelegenheiten sowie die Lage der Gemeindefreier von St. Georgen und Hornberg diskutiert. Beschlüsse wurden, im Februar eine Versammlung in Hornberg abzuhalten, mit der Aufforderung an sämtliche Kollegen die Versammlung vollzählig zu besuchen.

• Aus den Gemeinden •

Der neue Wiener Etat. Der neue Stadtvoranschlag (Etat) der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Wien sieht Einnahmen im Gesamtbetrag von 43½ Millionen Schilling (1 Schilling = 0,60 RM.). Hiervon sind rund zwei Drittel für soziale und kulturelle Werte bestimmt; annähernd ein Viertel der Gesamteinnahmen dient dem Bau weiterer Volkswohnungen, von denen im nächsten Jahre 8000 fertig sein und 40 000 Menschen beherbergen werden. Die Herstellung dieser 8000 Wohnungen bedeutet eine sehr starke Förderung der Produktion an Baustoffen, bedeutet auch soviel Monteur- und Installateurarbeit, daß 40 000 Arbeiter dadurch Beschäftigung gefunden haben und 200 000 Menschen ihr Brot. So groß war die private Bautätigkeit in keinem Wiener Friedensjahre. Die Mittel zu dieser großartigen Bekämpfung von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit ergibt die Bohnbausteuer, die natürlich nach der Größe der Wohnungen abgestuft ist. Während noch der christlich-soziale Vorkriegsbürgermeister **Dr. Karl P u e g e r** sich vom Verwaltungsgerichtshof beschneigen ließ, daß die Gemeinde nicht verpflichtet sei, Krankenhäuser zu führen (sondern nur der Staat oder auch das Land Niederösterreich, aus dem Wien 1919 als eigenes Land ausgegliedert ist), hat die sozialistische Stadtverwaltung drei Kinderpitäten errichtet. Dieser Voranschlag enthält die Mittel für ein Entbindungsheim, das in einem proletarischen Stadtbezirk, jedoch mit aller modernen Hygiene errichtet werden soll. Zu den 15 Mutterberatungsstellen werden noch 9, zu den 20 städtischen Kinderhorten noch 13 kommen und 37 Kindergärten neu entstehen. Ein Lehrlingsheim mit 231 Betten wird im Etat gefordert und 3000 Mk. (umgerechnet) für Landaufenthalt von Lehrlingen. 2144 Krankenhausbetten für Tuberkulosekranke hat die Gemeinde schon gespendet, weitere 144 kommen in diesem Jahre zu. Weiter errichtet die Gemeinde einen neuen Sport- und Eislaufplatz, mehrere neue Volksbäder, drei Kinderfreibäder, ein neues Sonnenbad, vier neue Gärten, ein Bad von 1000 Bäumen wird gepflanzt, weitere 120 000 Wohnungen erhalten verschleißbare Mülleimer, so daß Ende 1927 der allberichtigte „Mistbauer“ verschwunden sein wird, der die offenen Misttrüben staub-erzeugend in den Mistwagen ausschüttete. Von den städtischen Schulstoffen entfallen auf jedes Schulkind 240 Goldmark. Zwei neue Schulganzkloinien werden errichtet, das riesige Amalienbad wird mit einem Aufwand von 156 000 Mk. vollendet. Die frühere christlich-soziale Rathausverwaltung benutzte als ergiebige Einnahmequellen die Gemeindebetriebe Gas, Elektrizität und Straßenbahn sowie die Hauszinssteuer, die (samt Staatsanteil) in Wien 48 Proz. der Mieten auftrug und die Viktor Adler mit vollem Recht „Vergerungssteuer auf Luft“ genannt hat. Unsere Genossen haben die gemeindliche Hauszinssteuer abgeschafft, sie haben das Gas gegen 17 Goldheller im Frieden trotz 50proz. Kohlensteuerung auf 13½ Goldheller ermäßigt, den Lichtstrom von 7 auf 3,8 einschließlich Warenumsatzsteuer und Wassertrastabgabe — die Straßenbahnfahrt im Durchschnitt von 16,2 auf 12,8, und wenn man die von der Gemeinde wiederbelebte und elektrifizierte Stadtbahn mitrechnet, auf 13,8. Gewiß auch infolge der Stromverbilligung ist die Zahl der Wiener Lichtstrombezieher von 107 000 im Jahre 1914 auf 420 000 gestiegen. Elektrisches Licht ist in Wien nicht teurer als Petroleum. Die Straßenbahn beförderte 1914 rund 300 Millionen Fahrgäste, jetzt 600 Millionen, obwohl Wien 15 Proz. weniger Einwohner hat als damals. Die Tarife der städtischen Werke sind nur nach den Selbstkosten, nicht auf Gewinn berechnet. Ueberrückste dienen nur der Verbesserung und Ausgestaltung der Werke.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926. **ADGB** und **IFA-Bund** übersenden uns folgenden Aufruf: Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar/März 1926 durchzuführen. Von den Ortsausschüssen des **ADGB** und den Ortsstellen des **IFA-Bundes** ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. § 42 und 43 **BFG**. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 **BFG**. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Bestimmungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht. Diese Anweisungen sind genauestens

zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden. Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419-420) und die Richtlinien des A.V.-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu untersuchen, in welcher Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen. Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Natow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 B.A.G. und § 22 der Wahlordnung zum B.A.G.) Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sämtlicher deutscher Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmüdigkeit der Belegschaften festgestellt worden. Diese Beobachtungen decken sich mit denjenigen der Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von ihrem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch machen und sich infolgedessen auch ihrer großen Rechte hieraus freiwillig begeben. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Wahlmüdigkeitstages, der Einführung von Arbeitsverordnungen und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schuldlos sind. **Nummer auf die Arbeit!** Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Es gibt keine Einheitsfront mit der SPD. Vom A.D.G.B. wird uns geschrieben:

Die kommunistische Partei hat eine neue Kampffront aufgetan, merkwürdigerweise gegen den A.D.G.B. Sie kämpft unter der abgetauchten Standarte der proletarischen Einheitsfront. Ten willkommenen Anlaß dazu fand sie in der Vermittlungsaktion, zu der sich der Bundesvorstand des A.D.G.B. bereit hat, als es sich um die Schaffung eines übereinstimmenden Wortlautes des der Volksentscheidung vorzuliegenden Gesetzentwurfes über die Fürstenenteignung handelte. Der Bundesvorstand hatte diese Vermittlung auf Anruf der beteiligten Parteien übernommen, da auch er einen solchen Volksentscheid wünschte. Mit dieser Vermittlungsaktion war die aktive Mitwirkung des Bundesvorstandes an dem Volksentscheid erledigt. Die weitere Durchführung der Aktion ist eine Angelegenheit der Parteien, nicht der Gewerkschaften. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, daß der Volksentscheid erfolgreich durchgeführt wird und zum Siege gelangt. Aber ihre Mitglieder sind auch politisch organisiert und in ihren Parteien tätig. Man darf von ihnen erwarten und verlangen, daß sie dort für die Verwirklichung des der Volksabstimmung unterbreiteten Programms wirken werden, ohne die Kräfte der bereits durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften dafür in Anspruch zu nehmen. Anders denkt die kommunistische Partei, die fremder Kräfte bedarf, um wieder auf die Beine zu kommen. Ihr war die Frage der Fürstenenteignung nur eine der vielen Parolen, die ihrer Agitation dienen. Als nun diese eine Parole aktuell wurde und etwas auf diesem Gebiet geschehen mußte, schrie sie plötzlich nach der Einheitsfront mit den Gewerkschaften. Es war ihr, ihr bereitwillig zu machen, daß der A.D.G.B. für solche Anfechtungen nicht zu haben sei. Für eine ehrliche Zombiose kommt die K.P.D. überhaupt nicht in Betracht, — das hat uns die Vergangenheit genügend gelehrt —, und für eine andere Einheitsfront muß sich der A.D.G.B. bedanken, denn Schmarotzer und Parasiten pflegen unangenehme Pets- und Lebensgenossen zu sein, die nicht das gemeinsame Wohl, sondern nur den eignen Vorteil auf Kosten ihres Wirts im Auge haben. In den Vermittlungsverhandlungen der Parteien wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Gewerkschaften die Durchführung der Volksentscheidungsaktion den Parteien überlassen und daß jede Partei diesen Kampf selbständig führen werde. Die Gründung von Einheitskomitees dürfte nicht stattfinden. Trotz dieser Vereinbarung treten die Kommunisten allerorts mit solchen Einheitskomitees auf den Plan. Sie mißachten damit das Abkommen über die Durchführung des Volksentscheides. Aber hat sich die K.P.D. jemals an Abmachungen gehalten? In der Tat wollen die Kommunisten die Volksentscheidungsaktion nur dazu benutzen, sich an die Gewerks-

chaften heran- und wenn möglich in diese hereinzubringen, um größeren Einfluß auf die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu bekommen. Wichtiger als der ganze Volksentscheid dünken ihnen die sogenannten Einheitskomitees, die sie über all gründen und durch Veranjung der Gewerkschaften stütz zu machen suchen. Wir warnen unsere Gewerkschaftsgenossen auf das entschiedenste, auf keinen plumpen kommunistischen Schwindel hereinzufallen. Es gibt keine Kampfgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und K.P.D., auch nicht in der Frage des Volksentscheides. Es ist Sache der politischen Parteien, nicht der Gewerkschaften, die Volksabstimmung über die Fürstenenteignung vorzubereiten und durchzuführen. Daß es den Kommunisten nicht um den Volksentscheid, sondern nur um ihren proletarischen Einheitskomitees zu tun ist, berechtigt ein Rundschreiben, das sie an die Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen geschickt haben. In diesem Schreiben wird die proletarische Einheitsfront, vor allem für die gewerkschaftliche Kampfbewegung, verlangt, um die Offensive des Unternehmertums abzumildern. Es werden für die gegenwärtige Krisenperiode Wirtschaftskrisen auf breiterer Basis und in enger Verbindung mit den Gewerkschaften verlangt, die in kürzester Zeit über ganz Rheinland-Westfalen auszudehnen seien, um so die Offensive der Kapitalgehaltigen zum Stehen zu bringen. Der eigentliche Zweck der Einheitskomitees ist also: **Bilde Streikpropaganda mit Hilfe der Gewerkschaften.** Da die Kommunisten bei den Gewerkschaftsleitungen kein Glück damit haben, suchen sie wieder einmal die Betriebsräte größerer Werke für ihre Machenschaften einzufangen. Wir warnen auch die Betriebsräte und ihre Vertretungen in den Betrieben ernstlich vor diesem Einheitskomiteeschwindel. Wer in diesen Komitees mitwirkt, der verläßt die gewerkschaftliche Einheit des A.D.G.B., die seiner Ergänzung durch die Kommunisten bedarf. Auf dem Gebiete der Abwehr des Unternehmertums haben die Gewerkschaften allein zu bestimmen. Da hat jede Verhandlung mit der kommunistischen Partei auszuschließen. Weder für den Volksentscheid noch für den gewerkschaftlichen Kampf bedürfen wir der Einheitskomitees. Wer über bereit, das sind einzig die Kommunisten, und wer ihnen dabei hilft, der schädigt die Gewerkschaften. Wir fordern die gewerkschaftlichen Anführer aller Verbände, die Bezirksleiter und Vertrauensleute auf, dem neuen Einheitsfrontschwindel in der schärfsten Weise entgegenzutreten. Es ist ein unerhörtes Skandal, daß die Kommunisten angesichts des auch bei ihnen getätigten Volksentscheides nichts Besseres zu tun haben, als parteigegensätzliche Propaganda zu treiben und die Gewerkschaften zu trügen. Wenn die Volksbewegung darunter leidet, fällt alle Verantwortung dafür auf sie zurück!

Rundschau

Eine sonderbare Zuschrift. Herr Senatspräsident a. D. Fleischauer ist uns als ein unparteiischer Vorsitzender des Zentralausschusses persönlich näher bekannt geworden. Es lag keine Veranlassung vor, sich mit ihm zu beschäftigen, wenn er nicht unter dem 3. Februar 1926 folgende Postkarte an uns gerichtet hätte:

„Herrn Redakteur Emil Dittmer, Berlin.
Die „Gewerkschaft“ vom 5. Februar bringt einen Separatartikel von Ihrer Feder, dessen Sie sich schämen müssen. Denn Sie erschweigen darin als unredlich und unaufrichtig.“

Sie predigen Raub.
W. W. Landshuter Str. 17.
Wie unsere Leser aus diesem nicht gerade sehr schmeichelhaften Erguß gegen uns ersehen können, besteht unsere „ungerechte und unaufrichtige“ Handlung darin, daß wir einen Volksentscheid herbeiführen wollen, um die Fürstenentwässerung zugunsten der allgemeinen Wohlfahrt zu enteignen. Das soll eine Raubpredigt sein! Wir versichten natürlich auf eine Polemik mit einem so hohen und alten Herrn. Es genügt uns, den Wortlaut an dieser Stelle festzumachen. Unsere Leser werden schon wissen, was sie damit anfangen können.

Verbandsstil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.
Der Verbandsvorstand hat beschlossen, anlässlich der großen Ausstellung in Düsseldorf „Weseler“ die nächste Reichskonferenz für das Gesundheitswesen zum 2., 3. und 4. September 1926 nach Düsseldorf einzuberufen. Die Einzelheiten über die Delegiertenwahlen u. a. werden später in der „Sanitätswarte“ bekannt gemacht. Die Veröffentlichung der vorläufigen Tagesordnung erfolgt in der heutigen Nummer der „Sanitätswarte“.
Der Verbandsvorstand.

Briefkasten

G. B. Heidesheim. Die Reime zum Todestage H. C. sind gut gemeint, aber schlecht gelungen. Daher nicht verwendbar. Einige Verse möchten zurückgeschickt werden.

Berlin. In Vertretung des Verbandsvorstandes: Emil Dittmer, Redakteur. W. W. Landshuter Str. 17.

Eingegangene Schriften und Bücher

Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf. Von Dr. Theodor Cassau. Band 8 der Schriftenreihe „Soziale Organisation der Gegenwart. Forschungen und Beiträge.“ Herausgegeben von Professor Dr. Ernst Grünfeld, Halle.

Dr. Cassau ist seit vielen Jahren als Kenner der gesamten Arbeiterbewegung bekannt. Seine Bücher über die deutsche und die englische Konsumgenossenschaftsbewegung gelten mit Recht als die bedeutendsten Teile der Konsumgenossenschaftsbewegung des Vereins für Sozialpolitik. Sie zeichnen sich durch eine Verbindung von immer Sachkenntnis mit objektiver, kritischer Darstellung aus. Derselben Eigenschaften gelten für dieses Gewerkschaftsbuch des Verfassers. Er hat lange Zeit in enger persönlicher Verbindung mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung gestanden und war drei Jahre als volkswirtschaftlicher Syndikus eines Verbandes praktisch in ihr tätig. Andererseits steht er auch dieser Bewegung als wissenschaftlicher Forscher gegenüber. Er gibt uns nicht nur eine Darstellung der historischen Entwicklung, des Aufbaus, der Tätigkeit — d. h. sozialpolitische Wirksamkeit und Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften werden eingehend geschildert —, sondern er gibt darüber hinaus eine Analyse der Bewegung, er zeigt in knapper Darstellung ihrer historische und soziologische Bedingtheit. Tatsachenerkenntnis und eine besondere soziologische, Veranlagung vereinigen sich hier zu einer Darstellung des Wertes und Sinns der Bewegung, die ungewöhnlichen Reiz hat, denn sie gibt Zusammenhänge und nicht nur Tatsachen. Auf zwei Gebieten ist diese Darstellung von besonderem Wert und Interesse. Die Soziologie der Bewegung, ihre Lehren für die Organisation und für die Handlung der Organisation, die zur Erfolgserhöhung nötig ist, ist eine wesentliche Bereicherung der Gewerkschaftsliteratur. Ebenso wertvoll dürfte die Darstellung des Verfassers auf dem Gebiete der wirtschaftspolitischen Arbeit der Gewerkschaften sein. In knappen Zügen schildert er die deutsche Gewerkschaftsentwicklung von 1918 bis 1925 und ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung. Darüber hinaus schildert er auch die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit, zeigt, wie weit die Gewerkschaften einen Einfluss ausüben konnten, zeigt den Umschwung in ihrer wirtschaftspolitischen Machtposition und den Niedergang im Ruhrkampf. Dabei wollen wir nicht verhehlen, daß die kritische Einstellung des Verfassers u. a. zum Teil auf falschen Voraussetzungen beruht. Andererseits wirkt dadurch die Lesart wiederum besonders anregend, weshalb wir in diesem Zusammenhang nicht näher darauf eingehen wollen. Das Buch umfaßt 384 Seiten und kann durch sein zum Preise von 10 RM. (beschriftet) oder zum Preise von 12,50 RM. bezogen werden.

Urania, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Heft 5, das Februar-Heft. Der Hauptartikel von Klasing behandelt „Soziologische Pfadendeviationen“ zwischen der menschlichen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die Studie von Oberlechner Dr. Riederer: „Das Gefrierfleisch, seine Gewinnung, sein Transport und seine Lagerung“ wird in einer Zeit, in der, besonders in großen Städten und Industriegebieten, immer mehr notleidende Proletarier zur Deckung ihres Fleischbedarfs das billigere Gefrierfleisch heranziehen müssen, besonderem Interesse begegnen. Thomas Gengler feiert ein ostronomisches Jubiläum: er zeigt, wie innerhalb 125 Jahren die Entdeckung der kleinen Planeten damit immer mehr vervollkommenen Beobachtungsmethoden gesteigert werden konnte. Im Beiblatt „Soziales Wandern“ führt uns Hermann Marisch durch die irakische Wüste „Rund um Kairo“, dabei in fesselnder Weise Vergleiche zwischen dem sozialen Tiefstand der Fellachen, der Lebensweise der Araber und dem Zugstreifen des modernen Wüstenlandes. Im Beiblatt „Der Welt“ teilt Adolf Koch Grundrissliches zur „Proletarischen Riecherkultur“ mit.

Das amerikanische Wirtschaftswunder von Julius Hirsch. Verlag E. Fischer, Berlin. Geb. 6,50 RM.

Seitdem im vorigen Jahre mehrere deutsche Studentengesellschaften nach Amerika gefahren sind, um an Ort und Stelle Einblicke in das amerikanische Wirtschaftswesen zu gewinnen, ist das Interesse für Amerika und seine Nationalökonomie bei uns besonders groß. Der bekannte Volkswirtschaftler, Eisenbahnsekretär a. D. Prof. Dr. Julius Hirsch schildert nun in dem vorliegenden Buche das amerikanische Wirtschaftssystem in eingehender, anschaulicher Weise. Folgende Kapitelüberschriften verraten, wie reich der Inhalt des 276 Seiten umfassenden Buche anwird. I. Europas Niedergang, Amerikas Aufstieg; II. Der Reichtum; III. Eine Fehlbildung; IV. Das amerikanische Wirtschaftswunder; V. Die amerikanische Industriewirtschaft; VI. Bilder aus wichtigen Wirtschaftszweigen; VII. Von der amerikanischen Landwirtschaft; VIII. Vom amerikanischen Verkehrsweesen; IX. Der Handel in Amerika; X. Geld, Bank und Börse in Amerika; XI. Zusammenhänge zwischen Kultur und Wirtschaft; XII. Amerikas Entwicklungstendenzen und Deutschlands Entwicklungsfragen. Der Umfang enthält Herbert Hoovers Leitfäden über wirtschaftliche Verschwendung und eine Anzahl Tabellen über 1. Wochen von Welt und Volkswirtschaft; 2. Steigender Arbeitslohn, sinkende Arbeitszeit, Reallohnkraft des Lohnes; 3. Produktion und Ertrag in der Landwirtschaft; 4. Von Erparnissen und Ausgaben; 5. Kulturmerkmale; 6. Verhältnis von Produktions- und Handelskosten; 7. Kosten im Detailgeschäft. — Das Buch ist jedem Gewerkschaftler und Volkswirtschaftler, insbesondere auch den Betriebsräten zum Studium zu empfehlen.

DIE ZWÖLF
HAUPTURSACHEN DER
LEISTUNGSFÄHIGKEIT
DER
CIGARETTENFABRIKEN
REEMTSMA A.G.



№ 8



INTERNATIONALE SCHNITTSTREIFENFABRIK

Ein Hindernis des Aufstiegs

sind die Trinksitten der Arbeiterschaft

Fördert den Kampf der sozialistischen Alkoholgegner!

Lest die Kampfzeitschrift „Der abstinente Arbeiter!“

Tretet ein in den Arbeiter-Abstinente-Bund!

Schriften / Flugblätter / Plakate / Lichtbilder
Probenummern der Zeitschrift „Der abstinente Arbeiter“

Auskunft durch die
Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiter-Abstinente-Bundes
BERLIN 50 16, Bagelufer 29 (P)

Arcona-Räder
Hundert L. H. u. d. III. Preise
Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!
Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!
100000⁰⁰ im Gebrauch!
Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den längsten u. schwersten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**
Verlangen Sie Katalog gratis und franko
Ernst Machnow BERLIN C 64
Weinmeisterstr. 14 (P)

Günstige Teilzahlung zu Kassapreisen

In Herren- und Damenbekleidung

Enorm billig - sehr große Auswahl
Jackett-Anzüge - Schüpfjer - Gabardine-Mäntel
Regenmäntel - Hosen (P)

all s in bester Verarbeitung
Lipkowitz & Co. Kommand.-Ges., Münzstr. 18 an der Kaserne
Spezialhaus für gute Herren- und Damenbekleidung

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!
Unverwüstlich im Gebrauch! (P)

MONATLICHE TEILZAHLUNG! Elegante Herrenkleidung



fertig und nach Maß zu soliden Preisen.
Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl.
Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter
Damenmoden nach Maß. (P)

Julius Fabian Maß-
schneiderei
Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage

11 Mitglieder des Rates

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.

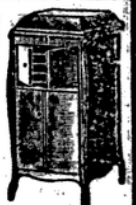
KOCH & SEELAND G. m. b. H. (P)

Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1892

Was sich jeder wünscht!



„Die mollige Ecke im eigenen Heim“ kann sich heut dank meinem



Teilzahlungssystem

auch der bescheidensten Haushalt leisten

Reichte ohne Anzahlung - Mäßige Raten - Auswärts 3 Tage zur Probe
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel

Verleihen Sie Prodhita alog D 1-1: Vertreterbesuch
Ansatte langerbäume ohne Kaufzwang geölin 9-7 Uhr

DEUTSCHE HEIMKUNST (P)
Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelabrikkate,
Berlin, Annenstr. 41, a. d. Alten Jakobstraße : Tel.: Moritzpt. 4663

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Soeben erscheint
in siebenter, neubearbeiteter Auflage

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 160000 Artikel auf 20000 Spalten Text, rund
5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 900 z. T.
farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Band I u. II kostet je 30 Mark, Band III 33 Mark

Sie beziehen das Werk
durch jede gute Buchhandlung
und erhalten dort auch kostenfrei
ausführliche Ankündigungen

Qualitäts-Instrumente

(P)

aller Art

Schallplatten
Reichste
Auswahl

Katalog
gratis



Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Krausz. 12

HERREN-ARTIKEL
Max Becker (P)
Berlin, Turmstr. 36 (am Krimhul)
Bekanntes Spezialgeschäft
für Handschuhe, Krav-
atten, Hüte usw. zu
renannt billi. Preisen.

Bei uns Schuhe kaufen heißt Geld sparen.

Wie immer erhalten Sie bei uns
Qualitätsware zu außerordent-
lich billigen Preisen.

Größte Auswahl in Damen-,
Herren- und Kinder-Artikeln.

F. Potolowski Nachf. (P)
Gr. Frankfurter Str 141 (Ecke Fruchtstr.)